



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

90. Sitzung, Dienstag, 17. Dezember 1996, 20 Uhr

Vorsitz: Esther Holm (Grüne, Horgen)

Die Finanzdebatte über die Besoldung des Staatspersonals, die Festsetzung des Steuerfusses, den Voranschlag und den Finanzplan erstreckt sich über die Protokolle Nrn. 83 bis 90.

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen Seite 6339
 7. **Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1997** (Antrag des Regierungsrates vom 11. September 1996 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 28. November 1996) 3225a
Fortsetzung der Beratungen Seite 6340
 8. **Finanzplan für die Jahre 1997 bis 2002** (Bericht des Regierungsrates vom 11. September 1996 und Kenntnisnahme der Finanzkommission vom 28. November 1996) 3526
..... Seite 6391
- Verschiedenes
- *Glückwünsche des Regierungspräsidenten* Seite 6392
 - *Parlamentarische Vorstösse* Seite 6392

Geschäftsordnung

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen

7. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1997 (Antrag des Regierungsrates vom 11. September 1996 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 28. November 1996) 3225a

Fortsetzung der Beratungen

30 Direktion der öffentlichen Bauten

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich), Referentin der Finanzkommission: Bei der Baudirektion ist der Saldo abnehmend, und zwar sowohl bei der Laufenden Rechnung wie bei der Investitionsrechnung. Trotzdem wurden bei den Sachaufwandkonten durch die Finanzkommissionsmehrheit weitere markante Kürzungen vorgenommen. Zum Teil werden aber Ausgaben auf die lange Bank geschoben. Mit den Kürzungen in den Unterhaltskonten werden zum Beispiel Ausgaben in die Zukunft verschoben, in eine Zukunft, in der für den Unterhalt ein höherer Betrag eingesetzt werden muss. Andere Kürzungen betreffen unvorhersehbare Ereignisse, wie beispielsweise Schneefall, auf den bei uns jeweils mit Schneeräumung reagiert wird. Ich hoffe, dass der Baudirektor, sollte diese Kürzung durchkommen, denn auch die Strassen schneebedeckt lässt.

Eine markante Änderung ergibt sich beim Natur- und Heimatschutzfonds. Sie erinnern sich an die Volksabstimmung im September. Sie sollte ja eigentlich dazu führen, dass der Fonds des Natur- und Heimatschutzes nach und nach entschuldet werden kann. Der Regierungsrat entschloss sich, angesichts der schlechten Finanzlage den Fonds lediglich nicht weiter verschulden zu lassen. Das bedeutet, dass wir nun gemäss Eintrag des Novemberbriefes des Regierungsrates nur so viel Geld in den Fonds einlegen wie wir auch für Ausgaben verbrauchen. Diese Strategie wird ja bereits beim Strassenfonds verfolgt. Auch dieses Jahr geben wir gleichviel Geld in den Fonds wie wir auch ausgeben, womit wir die Schulden in der Höhe, in der sie sind, einfrieren.

Soweit meine ersten Ausführungen. Auf einzelne Punkte werde ich noch zurückkommen.

Regierungsrat Hans H o f m a n n : Ich benütze die Gelegenheit, mich zu Beginn der Behandlung des Budgets der Baudirektion zu äussern. Es wird ein wenig ausführlicher ausfallen als Sie es sich bei mir gewohnt sind. Dafür werde ich mich in der Detailberatung möglichst kurz halten. Ich möchte zunächst der Finanzkommission für die grosse Arbeit, die sie geleistet hat, auch für das gute Einvernehmen, danken. Der Dank gilt auch der Frau Referentin der Finanzkommission. Wir verstehen uns sehr gut, obwohl wir oft nicht gleicher Meinung sind.

Die Finanzkommission beantragt über das gesamte Budget zusätzlich zum Antrag des Regierungsrates beim Sachaufwand Kürzungen von 40 Millionen Franken. Von diesen 40 Millionen Franken treffen 15 Millionen Franken die Baudirektion. Das ist mehr als ein Drittel. Das, obwohl die Baudirektion schon die Budgetrichtlinien des Regierungsrates, aber auch die Vorgaben der Finanzkommission, praktisch eingehalten hat. Die Finanzkommission hat im Mai mitgeteilt, der Sachaufwand müsse auf dem Stand des Budgets 1996 plafoniert werden. Wenn Die Baudirektion nicht sofort zuhanden der Finanzkommission reagiert hat, so liegt der Grund darin, dass wir diese Vorgabe bereits erreicht hatten.

Die Baudirektion hat auch in den vergangenen Jahren sehr viel zur Aufwandminderung des Staatshaushalts beigetragen. Die Ausgaben in der Laufenden Rechnung der Baudirektion betrugen 1992 1,033 Milliarden Franken, im Voranschlag 1997 waren es noch 870 Millionen Franken. Was wichtiger ist, ist der Saldo der Laufenden Rechnung, der für das Staatsdefizit wirksam ist. Dieser hat sich von 1992 – 258 Millionen Franken – auf heute 176 Millionen Franken, also um rund ein Drittel, verbessert.

Wenn ich das sage – das möchte ich betonen –, geschieht dies nicht aus Eigenlob für die Baudirektion. Die Baudirektion hat es einfacher zu sparen als die meisten andern Direktionen. Wir sind im Grunde genommen eine atypische Direktion. Nur 10 Prozent unseres Budgets sind Lohnkosten. Der Rest setzt sich aus Aufträgen zusammen. Diesbezüglich zu sparen ist keine grosse Leistung. Man erteilt keine oder weniger Aufträge und führt gewisse Sachen nicht aus, reduziert Unterhalt und Bauten und so weiter. Das haben wir in den vergangenen Jahren stets getan. Wir sind mit dem Budget massiv heruntergekommen, und dies seit 1992.

Insbesondere im Unterhaltsbereich haben wir sehr stark gekürzt. Zum Strassenunterhalt muss ich mich nicht speziell äussern. Das erleben Sie

jedes Jahr. Wir haben das auch beim Strassenbauprogramm diskutiert. Wir haben in der Rechnung des Tiefbauamts seit 1992 den Unterhalt um 25 bis 30 Millionen Franken reduziert. Den gleichen Betrag haben wir auch beim Hochbauamt, beim Unterhalt der Liegenschaften, reduziert. Das kann man einige Jahre tun. Aber jetzt sind wir so weit, dass es an die Substanz geht. Das muss ich ganz klar sagen: Auch wenn es einem noch so schlecht geht, sollte man die Substanz nicht verlottern lassen. Auch das ist Eigenkapital! Es wurde beim Eintreten gesagt, wir müssten dem Eigenkapital Sorge tragen. Auch unsere Strassen, die kantonalen Liegenschaften, auch Flüsse und Naturschutzgebiete, sind Eigenkapital, und die Werterhaltung dieses Besitzes ist eine Aufgabe, die wir wahrnehmen müssen. Nun sind wir dort, wo es an die Substanz geht, wo wir keine Einsparungen mehr machen, sondern wo wir nur verschieben und in den kommenden Jahren nur Mehrkosten verursachen, weil sich der Zustand von Strassen, Gebäuden und so weiter exponentiell verschlechtert. Zum Teil greifen Sie auch mit Ihren Kürzungen in laufende Sanierungen ein, in laufende Aufträge, die bereits erteilt sind. Wir werden sehen, was wir machen können. Nötigenfalls werden wir mit Nachtragskrediten kommen und sehen, ob das immer noch Ihre Meinung ist, dass wir laufende Unterhaltsarbeiten einstellen oder bremsen müssen.

In wenigen Jahren, wahrscheinlich schon bald, wird dieses Parlament gewisse Beträge für den Gebäude- und für den Strassenunterhalt massiv erhöhen müssen, damit diese Substanz nicht vollends verlottert. Es tut uns schon etwas weh, und ich möchte nicht in zehn oder zwanzig Jahren noch zitiert werden als derjenige, der nicht nur die Strassen, sondern auch die kantonalen Bauten verlottern liess. Bei den Strassen hatten wir keine Wahl, auch das Volk hatte damals so entschieden.

Zudem treffen Sie mit den meisten Kürzungsanträgen das Gewerbe. Vom Strassenbaugewerbe möchte ich gar nicht sprechen. Aber auch beim Hochbau, wo Sie 5 Millionen Franken kürzen wollen, geht es um Maler- und Spenglerarbeiten, um Elektriker, Bodenleger, Gipser und so weiter. Der ganzen Palette des Baugewerbes entziehen Sie in der heutigen Zeit wichtige Aufträge, und Sie sparen nicht, Sie verschieben die Kosten nur auf einen späteren Zeitpunkt. Darauf wollte ich grundsätzlich hinweisen.

Ich will nicht generell am Voranschlag des Regierungsrates festhalten, so dass Sie bei jedem Konto abstimmen müssten. Ich kenne das Resul-

tat. Der Wille scheint ungebrochen, nun diese 40 Millionen Franken zu sparen, koste es, was es wolle. Ich möchte Ihnen nur jene Konten nennen, bei denen ich am Antrag des Regierungsrates festhalte, weil dort effektiv nicht gespart wird. Dort werden – wie ich bereits gesagt habe – lediglich die Kosten unter Inkaufnahme späterer höherer Beträge verschoben:

- Betroffen ist bei der Kontogruppe 3010, Hochbauamt, das Konto 3141, Gebäudeunterhalt, wo sich die Ausgaben bei rund 50 Millionen Franken eingependelt haben. Vor fünf bis zehn Jahren waren es immer zwischen 80 und 90 Millionen Franken. Solche Kürzungen sind auf die Dauer nicht verkraftbar. Aber auch die Konten 3180.100, Planung, und 3181, Projektierungen, sind betroffen. Wenn Sie schon die Arbeiten kürzen, sollten Sie nicht auch noch die Planungen und Projektierungen kürzen, sonst können wir in zwei, drei Jahren gar nichts mehr machen. Dann brauchen Sie nicht einmal mehr einen Baudirektor.
- Bei der Kontogruppe 3012, ATAL-Fernwärmeversorgung, bitte ich Sie ebenfalls, am Antrag des Regierungsrates festzuhalten, ebenfalls beim Konto 3141. Hier sind wir daran, den alten, ersten Fernwärmekanal zu sanieren. Eine Kommission hat das einmal angeschaut. Die Arbeiten sind vergeben und terminiert, sie sollten 1997 und 1998 ausgeführt werden. Wenn Sie hier kürzen, müssen wir diese Arbeiten auf ein oder zwei Jahre länger strecken. Das kostet dann einfach mehr; ausgeführt werden müssen diese Unterhaltsarbeiten. Ebenso das Konto 3152: Hier beeinträchtigen Sie die Betriebssicherheit und die Wärmeversorgung, wenn wir den Unterhalt auf dem bereits reduzierten Niveau nicht gewährleisten können. Beim Konto 3181, Projektierungen bei der ATAL-Fernwärmeversorgung, geht es um die Fortsetzung der Vorbereitungen betreffend die Einrichtung der Kombianlage für die Fernheizzentrale Aubrugg, damit das Bauamt nach der Volksabstimmung die Ausschreibung der Arbeiten vornehmen kann.
- Beim Tiefbauamt – Kontogruppe 3014 – sollte man im Grunde genommen gar nichts kürzen. Das Tiefbauamt hat die drastischste Sparübung hinter sich. Wir geben heute bei der Strassenrechnung 60 Millionen Franken weniger aus als 1991. Die Strassenrechnung hat einen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent. Sie belastet den Staatshaushalt nicht; sie finanziert sich zu 100 Prozent selbst. Auch

der Strassenfonds verschuldet sich nicht weiter. Trotzdem möchte ich auch hier sagen, dass Sie wenigstens die folgenden Konten nicht kürzen sollten: Konto 3145.100, 200 und 300; das ist der oberflächige Strassenunterhalt, der Winterdienst. Ich nehme nicht an, dass Sie der Meinung sind, wir sollten nicht mehr salzen oder den Schnee räumen, entstehen doch allenfalls Haftpflichtansprüche. Bei den Verkehrseinrichtungen wie Beleuchtungen geht es beispielsweise um das Wiederbeleuchten von Strassen. Im letzten Winter haben wir die Strassenbeleuchtung wieder in Betrieb genommen, was sich nun auf ein ganzes Budget durchschlägt. Wir müssten nun die Strassenbeleuchtung wieder reduzieren. Als wir wieder eingeschaltet haben, hat die «Neue Zürcher Zeitung» als Titel geschrieben: «Rückkehr zu beleuchteten Strassen und zur Vernunft». Ich möchte Sie auch hier bitten, vernünftig zu bleiben und mich nicht zu zwingen, die Beleuchtung wieder zu reduzieren. Ebenfalls die Konten 3180.100 und 400; das sind die Planungen und Projektierungen. Hier projektieren wir keine Nationalstrassen, sondern kleinere Investitionen. Weil wir den Bau von Staatsstrassen nicht mehr planen beziehungsweise weil sie im Bau sind – Autobahnzusammenschluss Kloten –, planen wir hier Lärmschutzanlagen und Radwege. Wir sollten jährlich für 10 Millionen Franken Radwege bauen. In zwei, drei Jahren werden wir das nicht mehr tun können, wenn Sie die Projektierungsbeträge kürzen. Das kann ich Ihnen ganz klar sagen: Wenn Sie die Projektierungen kürzen, können wir nicht genügend Projekte vorbereiten und diesem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommen.

- Beim Amt für Gewässerschutz und Wasserbau, Kontogruppe 3015, möchte ich Sie bitten, beim Konto 3180.100 am Antrag des Regierungsrates festzuhalten. Dieses Konto wurde innert zwei Jahren um 1,2 Millionen Franken reduziert. Hier laufen vertraglich gebundene Arbeiten, die wir nicht blockieren können. Und beim Konto 3181 möchten wir in einem breiten Konsens mit den Gemeinden beginnen, das Projekt an der Auenlandschaft Thurmündung zu realisieren. Das müssten wir weiterhin zurückstellen. Ich bin der Meinung, dass man hier einmal beginnen sollte.

Soweit meine Ausführungen. Ich bitte Sie, mindestens bei den genannten Konten den Anträgen des Regierungsrates zu folgen und die übrigen

Minderheitsanträge, die ja reihenweise vorliegen, schlicht und einfach abzulehnen.

Eduard Kübler (FDP, Winterthur): Herr Hofmann hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich kann praktisch alle seine Aussagen unterstützen. Alles, was er beantragt, ist richtig. Wenn Sie hier nun 40 Millionen Franken sparen, ist das keine Sparpolitik, sondern reine Aufschubpolitik. Sie schieben alles vor sich her, sogar den Schnee beim Konto 3145.100, Strassenunterhalt, Winterdienst. Wie wollen Sie wissen, wieviel Schnee fällt? Weshalb werden 350'000 Franken weniger eingesetzt? Sie wissen genau, dass dieser Winter sehr hart sein wird! (Gelächter) Lachen Sie nicht so lange, das wird mir an der Redezeit angerechnet!

Wenn Sie Unterhaltsarbeiten im Hochbau, im Tiefbau, im Strassenbau aufschieben, wie Sie das heute Abend tun, dann gewinnen wir keinen armen Rappen. Es wird so sein, dass wir nachher Sparschäden haben werden. Ich habe das bereits beim Strassenbauprogramm klar dargelegt. Wenn Sie Ihre Wohnung, Ihr Haus – ich kann auch sagen Ihr Gebiss – nicht unterhalten, dann werden Sie eine grosse Rechnung erhalten, und wir werden in zehn Jahren riesige Rechnungen bekommen. Sie können das übrigens im «Cash» vom letzten Freitag nachlesen: «Der Aufschwung beginnt in den Schlaglöchern». Das steht hier, und da gibt es nichts zu lachen, denn das kostet uns dann einige 100 Millionen Franken.

Sie können das Ganze heute abend lustig finden, ich finde es nicht lustig. Auf der einen Seite werden nächstes Jahr im Baugewerbe und im Baunebengewerbe Arbeitsplätze zu Hunderten und zu Tausenden eingehen. Sie sparen hier, belasten die Arbeitslosenkasse und gleichzeitig wird nichts gemacht, während die Schäden grösser werden. Ich habe es schon beim Strassenbauprogramm gesagt: Wir sparen uns zu Tode. Sie können nicht ewig sparen und nur aufschieben. Ich finde das vis-à-vis des Gewerbes und der Arbeitnehmer nicht richtig. Wir müssen hier etwas unternehmen.

Ich verzichte darauf, die 50 Minderheitsanträge bei den Konten zu stellen, die der Baudirektor genannt hat. Aber ich bitte Sie, die Minderheitsanträge betreffend Flughafen sowie Autobahnzusammenschluss Kloten klar abzulehnen, und sich zu überlegen, ob Sie nicht wenigstens die 5 Millionen Franken für den Liegenschaftenunterhalt bewilligen

wollen. Es wird nämlich andernfalls folgendes passieren: Herr Regierungsrat Hofmann wird dann bei einem Bau irgendwo stecken bleiben und die Unterhaltsarbeiten abbrechen. Was kommt nachher? Es folgen Nachtragskredite! Es wird massenhaft Nachtragskredite geben, und gespart haben wir dann nichts. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu handeln und die Minderheitsanträge zurückzuweisen. Das ist unsere einzige Chance. Die andren Anträge haben leider keine Chance; deshalb stelle ich sie nicht, ich bedaure es aber.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich im Sinne von Regierungspräsident Hans Hofmann verhalten. Wir werden die entsprechenden Anträge also sehr regierungstreu unterstützen.

Es bereitet mir eine sehr grosse Freude, feststellen zu dürfen, dass es heute abend in der Freisinnigen Fraktion doch noch gelungen ist, einen Mann zum Denken zu bringen.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Herr Attenhofer hat gesagt, was zu sagen ist. Es ist irgendwo auch argumentiert worden. Es geht ja eigentlich um Staatsvermögen, um Verwaltungsvermögen, das wir nicht verlottern lassen dürfen. In dem Sinne werden wir die Anträge des Baudirektors unterstützen.

Esther Zumburn (DaP/LdU, Winterthur): Ich möchte nur Herrn Kübler eine Frage stellen. Sie haben gesagt, wenn wir den Unterhalt im Tiefbau, im Strassenbau, und im Hochbau aufschieben, dann würden wir in den Schlaglöchern enden. Ich bitte Sie, tauschen Sie doch Tiefbau mit Primarschule aus, tauschen Sie Strassenbau mit Oberstufe aus, und tauschen Sie Hochbau mit Universität aus, und dann möchte ich Sie fragen, Herr Kübler: Sehen Sie dort keine Schlaglöcher?

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich habe Verständnis für die Sorgen des Baudirektors und meines Kollegen Edi Kübler. Aber ich beantrage Ihnen im Namen der Mehrheit der Finanzkommission und der grösstmöglichen Mehrheit der bürgerlichen Parteien, den Anträgen der Finanzkommission zuzustimmen und die Minderheitsanträge abzulehnen. Das betrifft den Unterhalt in den verschiedenen Gruppen. Ich beantrage aber auch, die Minderheitsanträge beim Tiefbau betreffend

Ausbau Strasse und Flughafen abzulehnen. Ich werde, wenn diese Anträge formuliert werden und wenn es nötig ist, darauf zurückkommen.

Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur): Nachdem Kollege Kübler kübelweise schwarzen Schnee über unsere Häupter ausgeschüttet hat, hätte ich bezüglich des Strassenunterhalts nur einen Wunsch: Der Strassenunterhalt ist ja das eine, aber die überspitzte Perfektion unseres Strassenbaus und gelegentlich unseres Strassenunterhalts, sollte schon ihre Grenzen haben. Ich weiss, man müsste vielleicht auch Gesetze und Verordnungen ändern. Aber hier könnte vielleicht der Regierungsrat in dem Sinn vorausgehen, dass beim Unterhalt die beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel optimal eingesetzt werden.

Wir befinden uns – Sie wissen, ich stehe der Bauwirtschaft einigermaßen nahe – zugegebenermassen in einem gewissen Dilemma. Auf der einen Seite sagen wir, dass es darum geht, einen finanzpolitischen Halt zusätzlicher Natur zu machen, der nach meinem Dafürhalten dann Sinn macht, wenn wir auch Perspektiven haben. Der nächste Schritt wäre, dass wir uns gemeinsam darüber unterhalten, wo wir die Prioritäten im Rahmen der Staatsaufgaben setzen wollen. Es geht hier – Frau Zumbrunn hat es angesprochen – auf der andern Seite um die Symmetrie der verschiedenen Optiken. Da liegen die Interessen nicht überall gleich. Es ist mir klar, auch das Bildungswesen ist bis zu einem gewissen Grad eine Investition. Darüber hinaus müssen wir auch zwischen Konsum auf der einen und Investitionen und Investitionserhalt andererseits unterscheiden können. Leider haben wir hier – deshalb ist Herr Buschor schon gegangen – keinen Fonds zur Verfügung. Sie wissen, der Strassenfonds ist leer; wir können hier nicht noch etwas aus einem «Kässeli» holen. Das ist an sich sehr bedauerlich. Persönlich werde ich mich sehr differenziert verhalten und je nach den einzelnen Anträgen mit oder nicht mit Herrn Kübler stimmen.

Martin Mossdorf (FDP, Bülach): Satt der 1,5 bis 2 Prozent des Bauwertes werden heute auch im Kanton Zürich weniger als 0,5 Prozent für den jährlichen Unterhalt eingesetzt. Die Schere zwischen dem nötigen und realisierten Unterhalt öffnet sich deshalb mehr und mehr. Damit wächst die Gefahr der Verwahrlosung wichtiger Strassenbauwerke. Der Staat müsste dafür sorgen, dass die benötigten Infrastruk-

turleistungen der Bevölkerung und den Unternehmen heute in sinnvoller Weise zur Verfügung stehen. Das geschieht nicht. Wir sind selber schuld. Sie haben das schlechte Gewissen, weil Sie der Abstimmung seinerzeit für die Strassenfondserhöhung nicht zugestimmt haben. Wir haben das schlechte Gewissen, weil wir nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung haben. In diesem Dilemma stecken wir heute, und das auf dem Buckel aller Unternehmer, die langsam aber sicher ihre Arbeit in einer andern Gegend suchen müssen. Es wird uns an «Know-how» fehlen, mit der Zeit werden mehr und mehr Unternehmungen eingehen.

Wir alle kennen die Studie von Herrn Wüst, die klar aufzeigt, wohin dieses Fehlverhalten unserer Zeit führen wird. Wir wären gut beraten gewesen, wenn wir seinerzeit dieser Strassenfinanzierung, welche die Regierung vorschlug, auch zugestimmt hätten. Heute bekommen wir die Quittung.

3000 Direktionssekretariat

Vreni Püntener-Bugmann (Grüne, Zürich): Ich kenne zwar das Resultat dieser Abstimmung, aber ich sage es trotzdem: Ich beantrage Ihnen einen zusätzlichen Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds von 3 Millionen Franken zwecks Schuldentilgung.

Vorerst verdienen die Finanzkommission und der Regierungsrat ein kleines Dankeschön für die Einlage von 28,5 Millionen Franken in den Natur- und Heimatschutzfonds, und zwar mit dem Ziel, eine weitere Zunahme der Fondsschulden zu vermeiden. Ich würde sagen: wenigstens das. Den Grünen genügt diese Zielsetzung natürlich noch nicht. Sie erinnern sich an die Zeit der Volksabstimmung über den Natur- und Heimatschutz im September dieses Jahres. Trotz sehr heftiger Kritik und Widerstand der bürgerlichen Parteien haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Möglichkeit der erhöhten Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds zugestimmt und zusätzlich die Möglichkeit einer Einlage von 10 Millionen Franken zur Schuldentilgung befürwortet. Das Ja kam trotz der Kenntnisse der finanziellen Situation und kam trotz der Ablehnung durch die bürgerlichen Parteien zustande. Auch die CVP hat sogar trotz Kenntnis der finanziellen Situation diesem Antrag auf zusätzlich 10 Millionen Franken für die Schuldentilgung zugestimmt. Ich meine, diesen Worten müssen jetzt auch Taten folgen.

Der Auftrag der Bevölkerung ist klar. Die Bevölkerung will im Natur- und Heimatschutz keinen Leistungsabbau, sondern sie will einen Leistungsausbau. Sie will deutlich mehr. Die Entschuldung des Fonds – Fondsschulden heute etwa 50 Millionen Franken, denke ich – soll nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Nach der Schuldentilgung wären dann im Natur- und Heimatschutzfonds zusätzliche Mittel für die Bewältigung der Aufgaben vorhanden.

Ich beantrage Ihnen darum in Berücksichtigung der finanziellen Situation einen bescheidenen Beitrag zur Schuldentilgung. Ich beantrage nicht 10 Millionen, sondern nur 3 Millionen Franken, und ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Anfänglich war eine Einlage von 20 Millionen Franken vorgesehen. Nach der Abstimmung im September hat der Regierungsrat mit dem Novemberbrief eine Aufstockung um 8,5 Millionen Franken eingebracht. Auch die Finanzkommission ist mit diesem Betrag einverstanden. Mit diesem Betrag können die nötigen Arbeiten ausgeführt und die nötigen Auslagen bezahlt werden. Eine zusätzliche Schuldenabzahlung liegt bei den heutigen finanziellen Verhältnissen nicht drin. Wir beantragen Ihnen, den Minderheitsantrag von Frau Püntener abzulehnen.

Daniel S c h l o e t h (Grüne, Zürich): Der Fonds ist stark verschuldet. Wir zahlen jedes Jahr aus diesem Fonds 10 Millionen Franken für den Schuldendienst. Das Volk hat in Kenntnis der Tatsache, dass der Staat verschuldet ist, dieser Vorlage deutlich zugestimmt. Und dabei bestand volle Klarheit über die Finanzlage. Die Mehrheit des Volkes wollte dem Umweltschutz mehr Priorität einräumen. Und nun erwartet das Volk eine Entschuldung des Fonds, damit das Geld auch wirklich für den Natur- und Heimatschutz ausgegeben wird.

Es ist auch so, dass damals der Bauernverband der Vorlage vom 22. September zugestimmt hat. Ich nehme an, dass auch der Bauernverband nun Geld für seine Mitglieder erwartet und nicht Geld für die Banken zur Deckung der Schulden. Wieder einmal sind es die Grünen, welche die Bauern hier im Rat vertreten. Das ist nicht immer so, aber immer öfter.

Herr Regierungsrat Hofmann hat vorhin gesagt, er möchte sich nicht mehr zu den einzelnen Anträgen äussern. Dann übernehme ich das gerne für ihn und zitiere ihn selber aus einem Artikel in der «NZZ» vom 9. September zu dieser Abstimmung: «Vor dem Hintergrund der laufenden Bemühungen um die Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts mag es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen, wenn für den Natur- und Heimatschutz mehr Finanzmittel bereitgestellt werden sollen. Es liegt hier jedoch eine besondere Situation vor, welche dieses Vorgehen in einem wichtigen Bereich der kantonalen Tätigkeiten rechtfertigt.»

Peter Oser (SP, Fischenthal): Unsere Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Eine Bemerkung zur Einlage von 28,5 Millionen Franken und warum die Entschuldung an die Hand genommen werden muss: Wir haben ja die Abstimmung unter dem Motto «Mehr Geld für die Natur» verkauft. Das Volk hat nicht mit einem Zufallsergebnis zugestimmt; das Resultat war doch recht deutlich. Die Zustimmung erfolgte in der Meinung, dass jetzt auch mehr Geld gesprochen wird.

Wir sehen jetzt, dass mit 28,5 Millionen Franken der jetzige Bedarf des Fonds budgetiert ist. Das ist der Plafond, den man erreichen kann. Nach der Volksabstimmung sprach man von 30 Millionen. Die Zusatzeinlage sollte dazu dienen, den Fonds zu entschulden, und so mehr Geld für die Natur zur Verfügung zu haben. Es ist also dringend nötig, dem Volkswillen irgendwann einmal Nachachtung zu verschaffen und die Entschuldung an die Hand zu nehmen. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag gutzuheissen.

Dr. Ulrich E. Gut (FDP, Küsnacht): Diese Vorlage, welche – aus meiner Sicht erfreulicherweise – an der Volksabstimmung angenommen wurde, bestand aus zwei Komponenten: Aus einer Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Einlage bezüglich der die Regierung und die Kommission übereinstimmten, und einer Zugabe der Kommission, welche es vorsah, dass jedes Jahr wieder mit dem Budget über eine zusätzliche Einlage zur Entschuldung des Fonds befunden werden könne. Es war im Abstimmungskampf auf bürgerlicher Seite jedenfalls sehr wichtig, dass dieser Entschuldungsbeitrag nicht von Gesetzes wegen vorgeschrieben war, sondern dass man argumentieren konnte, man könne ihn jedes Jahr wieder sprechen oder eben nicht

sprechen. Jetzt sind wir in der Situation, dass wir nach Massgabe der finanziellen Lage des Kantons auf diese Einlage verzichten sollten. Ich sehe das nicht ungern, es erhöht die Glaubwürdigkeit gegenüber den Stimmberechtigten, dass man hier wirklich ein Instrument geschaffen hat, das je nach Lage eingesetzt oder dessen Einsatz auch einmal aufgeschoben werden kann.

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Herr Schloeth, wenn die Bauern jeweils die gesprochenen Gelder alle ausbezahlt bekämen, dann könnten sie vielleicht Ihrem Antrag zustimmen. Aber was macht man mit diesen Geldern? Man nimmt den Bauern Land weg, um Naturschutzmassnahmen zu realisieren, und deshalb sind solche Argumente, die Sie gebracht haben, für uns nicht glaubwürdig.

Regierungsrat Hans Hofmann: Als diese zusätzlichen 10 Millionen Franken in der Kommission und auch hier im Rat beschlossen wurden – ich höre diese Voten noch –, wurde gesagt, wir sollten uns doch die Möglichkeit nicht verbauen, schneller entschulden zu können, wenn es dem Staat wieder besser geht. Diesen Antrag bereits heute zu bringen, ist ein wenig inkonsequent. Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

Abstimmung

Konto 3000.3990.100, Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds, Antrag Finanzkommission 28,5 Millionen Franken, Antrag Vreni Püntener-Bugmann zusätzlich 3 Millionen Franken: Der Rat entscheidet sich mit 98:57 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3000, Direktionssekretariat, genehmigt.

3001 Natur- und Heimatschutzfonds

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Tatsache ist, dass die finanziellen Mittel gemäss Voranschlag 1997 nicht ausreichen, um alle Ausgabenwünsche befriedigen zu können. Es ist deshalb nötig, dass in allen Bereichen gewisse Kürzungen vorgenommen werden. So hat auch der Natur- und Heimatschutzfonds einen kleinen Beitrag zu leisten.

Wie lehnen die Minderheitsanträge bei Konto 3142.100 und bei Konto 3180.100 ab. Beim ersten handelt es sich um ein Sammelkonto, bei dem die Kürzung rund 4 Prozent beträgt. Beim zweiten beträgt die Kürzung rund 1,5 Prozent. Ich meine, das müsste drinliegen.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Der Natur- und Heimatschutzfonds als Gesamtes wird beim Sachaufwand, wenn es nach dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission geht, mit einer Kürzung von rund 430'000 Franken oder 5 Prozent betroffen. Die Fondsausgaben sind in den letzten vier Jahren bereits um rund 15 bis 20 Prozent gekürzt worden. Deshalb trifft diese erneute Kürzung um so härter.

Ich spreche nun zum Antrag betreffend Konto 3142.100. Hier handelt es sich um Kürzungen beim Unterhalt der Liegenschaften. Das Konto ist in den vergangenen Jahren ebenfalls mehrfach gekürzt worden. Deshalb kommt es hier, weil der Unterhalt nicht gemacht werden kann, allmählich zu Schäden an Gebäuden – es sind vornehmlich Denkmalschutzobjekte – und in Schutzgebieten. Die Schäden zu beheben wird uns später teurer zu stehen kommen.

Ich spreche auch noch zum Konto 3180.100. Hier hat die Kommissionmehrheit einen Betrag von 295'000 Franken gekürzt. Einerseits trifft das die Archäologie ganz stark mit 195'000 Franken. Ich habe diese Kürzung nicht in den Minderheitsantrag aufgenommen. Ich will Ihnen nur sagen, was hier folgen wird. Hier werden jeweils von der Archäologie her Rettungsgrabungen gemacht. Wenn bei geschützten Gebäuden solche Objekte zum Vorschein kommen, dann wird es zu einem Baustopp kommen, der bei Bauherren wahrscheinlich keine grosse Freude auslösen wird. Das liegt jedenfalls in Ihrer Verantwortung. Der Minderheitsantrag mit 100'000 Franken betrifft den Naturschutz, wo wir von seiten des Kantons mit vielen Arbeiten im Rückstand sind. Von seiten des Bundes werden wir für diese Arbeiten jeweils unterstützt. Wenn der Kanton seine Mittel nicht leistet, wird auch der Bund mit seinen Mitteln zurückgehen. Es sind dringende Massnahmen in Schutzgebieten, und es sind vornehmlich Aufträge – Herr Schibli – an Landwirte, Arbeitslose und Forstbetriebe. Es wird niemandem Land weggenommen.

Peter Oser (SP, Fischenthal): Ich denke, Sie wissen, was ich an sich zu sagen hätte; darum lasse ich es sein. Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge anzunehmen.

Ich habe – dies zuhanden der Finanzkommissionsmehrheit – nur noch ein logisches Problem. Wenn Sie durch das Hintertürchen beim Natur- und Heimatschutzfonds die Einlagen wieder kürzen, die wir vorher bewilligt haben, dann machen wir jetzt mit 400'000 Franken Schuldentilgung, was auch nicht unbedingt negativ ist.

Abstimmung

Konto 3001.3142.100, Unterhalt der Liegenschaften des Finanzvermögens, Antrag Finanzkommission 2'246'400 Franken, Minderheitsantrag Doris Gerber-Weeber und Mitunterzeichnende 83'600 Franken werden nicht gekürzt: Der Rat entscheidet sich mit 86:66 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Werner Scherrer (EVP, Uster): Ich möchte mich doch noch zum zweiten Antrag äussern. Kaum ein anderer Bereich der öffentlichen Aufgaben eignet sich so ideal für Unterhaltsarbeiten wie das Naturschutzgebiet. Es ist nach neuem Arbeitslosenversicherungsgesetz absolut zwingend, dass der Kanton ab 1997 aktiv arbeitsmarktliche Massnahmen bereithält. Eine Pflicht, die zu erfüllen mir schier unmöglich scheint. Wenn ein Pflichtiger wegen fehlender Angebote nicht an den arbeitsmarktlichen Massnahmen teilnehmen kann, wird der Kanton gegenüber der Arbeitslosenversicherung kostenpflichtig. Er übernimmt in der Zeit, in der zu arbeiten wäre, die Kosten, welche die Versicherung zu bezahlen hätte. Wenn wir uns bei der Bereitstellung von Möglichkeiten der Arbeitseinsätze im Naturschutz selbst beschneiden, so werden wir die eigenen Ressourcen unterbinden und die Rechnung kann nicht aufgehen. Der Staat wird über ein anderes Konto zur Kasse gebeten. Es ist so, wie wenn wir den Ast, auf dem wir sitzen, selbst absägen würden. Die EVP wird den Minderheitsantrag unterstützen.

Abstimmung

Konto 3001.3180.100, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter, Antrag Finanzkommission 7'535'800 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner und Mitunterzeichnende 100'000 Franken für

6354

**zurückgestellte Arbeiten im Schutzgebiet werden nicht gekürzt:
Der Rat entscheidet sich mit 90:70 Stimmen für den Antrag der
Finanzkommission.**

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3001, Natur- und Heimatschutzfonds, genehmigt.

3002 Strassenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

3010 Hochbauamt

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Ich bitte Sie, den Antrag der Mehrheit der Finanzkommissionen anzunehmen. Über die Problematik dieses Kontos haben wir bereits gesprochen. Es handelt sich um eine Kürzung um rund 10 Prozent, von 50 Millionen auf rund 45 Millionen Franken. Wir sind der Meinung, dass die Liegenschaften nicht zu sehr darunter leiden und dass dieser Betrag drinliegt. Die Finanzlage zwingt uns einfach dazu.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Ich komme mir mit meinem Minderheitsantrag in diesem Theater ein bisschen in der falschen Rolle vor. Wenn Herr Kübler vorhin sagte, dass er diesen Antrag voll und ganz unterstütze, freue ich mich natürlich darüber. Ich weiss auch, dass das ein regierungstreuer, gewerbepolitisch freundlicher Antrag ist, und nun stellen wir ihn. Das ist schon ein bisschen eigenartig.

Die Finanzkommission hat intern bei diesem Konto sogar 20 Prozent kürzen wollen. Auf eindringliches Einreden als Referentin hat die Finanzkommissionsmehrheit ein Einsehen gehabt, weil nämlich das Hochbauamt selber die Verantwortung für gewisse Gebäudeschäden ablehnt, die nun auftreten, wenn dieser Unterhalt nicht gemacht werden kann. Wenn Sie dieses Konto so heftig kürzen – 10 Prozent ist eine riesige Kürzung –, ist es übrigens nicht logisch, dass Sie hier nicht auch noch die Gehälter kürzen. Sie kürzen mit dem Sachaufwand so viel, dass Sie eigentlich gewisse Leute beim Hochbauamt echt arbeitslos machen. Ich verstehe das nicht!

Ich möchte Ihnen beliebt machen, diesen Unterhalt nicht zu streichen, weil wir sonst die Kosten einfach verlagern. Wenn Sie Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn Ihnen das wirklich ernst ist, müssen Sie diesen Unterhalt unterstützen und damit auch diesen Minderheitsantrag.

Markus J. W e r n e r (CVP, Dällikon): Unser Baudirektor predigt schon seit Jahren dasselbe. Er sagt jedesmal, dass die Liegenschaften in unserem Kanton in einem derart bedenklichen Zustand seien, das hier unter allen Umständen eine angemessene Erhöhung angezeigt erscheint. Es ist ihm aber noch nie gelungen, mir irgendein Objekt vorzuweisen, das den von Herrn Bitterli noch schriftlich gerügten Zustand tatsächlich aufweist. Aus meiner persönlichen Erfahrung – Sie können mir glauben, dass ich relativ oft mit der kantonalen Verwaltung zu tun habe – ist mir auch keine solche Liegenschaft bekannt. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass wir in unserem Kanton trotz aller Mahnungen aus früheren Jahren weiterhin einen perfektionistischen Baustil frönen. Zudem sind zwischenzeitlich auch die Preise der Bauhandwerker massiv gefallen, aber diese Preisreduktionen haben sich in dem von der Baudirektion eingereichten Budget nicht niedergeschlagen. Angebracht ist auch der klare Hinweis darauf, dass bei ständig sinkendem Investitionsbudget auch personalseits gewisse Anpassungen dringendst angezeigt erscheinen. Dieser Auftrag ist bereits in den vergangenen Jahren formuliert worden, doch hat sich diesbezüglich auf dem Besoldungskonto noch nichts bewegt.

Hans-Peter Z ü b l i n (SVP, Weiningen): Frau Genner hat mir fast aus dem Herzen gesprochen. Nur geht sie meines Erachtens etwas zu weit. Als Gewerbevereinspräsident melde ich mich meines Wissens zum erstenmal zu einem Sachentscheid. Vorher hatte ich mit Herrn Büchi einmal ein «Techtelmechteln». (Gelächter)

Das Gewerbe hat in dieser Budgetdebatte schon sehr viel geblutet, und wer zuviel blutet, der wird verbluten respektive sterben. Das wollen wir alle nicht. Bis hierher habe ich mich zugunsten der Haushalt-sanierung zurückgehalten. Auch Computerkäufe, Radiergummikäufe, Bleistiftkäufe wirken sich für das Gewerbe aus. Nun bin ich aber der Meinung, dass beim Unterhalt der Gebäude nicht zusätzlich gespart werden darf. Erstens geht es um die Erhaltung der Bausubstanz, und

zweitens geht es aber auch um die von Gewerbe dringend benötigten Impulse zur Förderung der Wirtschaft, zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Geben wir diese Impulse, geben wir ein Zeichen, sagen wir Ja zum Vorschlag des Regierungsrates, nicht zum Vorschlag von Frau Genner. Ich finde, das wäre etwas übertrieben. Wir hatten 1995 59 Millionen, nun gehen wir zurück auf 51,5 Millionen Franken. Das sind 7,5 Millionen, die wir sonst schon einsparen. Die Finanzkommission möchte noch einmal 5 Millionen einsparen. Das wären gegenüber 1995 12,5 Millionen Franken. Ich glaube, wir können hier mit gutem Gewissen dem Antrag des Regierungsrates folgen.

Theo S c h a u b (FDP, Zürich): Ich spreche hier als Vertreter des Ausbaugewerbes, das nicht – respektive nur ganz am Rande – mit Saisoniers arbeitet. Im Gegensatz zum Hochbau konnte das Ausbaugewerbe seine Kapazität nicht einfach abbauen, indem sie keine Saisoniers mehr kommen liess, sondern kämpft jetzt immer mehr mit der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das Gewerbe hat zu wenig Arbeit. Das widerspiegelt sich in den steigenden Arbeitslosenzahlen, die – wenn sich die Situation nicht ändert – noch mehr ansteigen werden. Nicht nur saisonal, sondern auch im Sommer.

Was hier die Regierung bringt, ist aber nicht eine Reduktion des Renovations- und Unterhaltsvolumens. Es gibt hier nur wenige Leute, die praktische Erfahrung haben. Jemand, der hier praktische Erfahrung hat, ist Frau Genner. Frau Genner ist mit einem Bauvorhaben beschäftigt, und sie kann am besten beurteilen, mit wie wenig Geld sie baut. Sie baut heute sehr viel mehr mit dem gleichen Geld als dies vor einem oder vor zwei Jahren der Fall gewesen wäre.

Ich habe keine Freude an der Kürzung dieses Budgets. Aber mit der gekürzten Budgetposition werden genauso viele Arbeiten ausgeführt, eher mehr, als ursprünglich geplant wurden. Daher stimme ich hier zu. Sie mögen staunen, aber obwohl es hier nicht um Lohnkürzungen, sondern um Arbeitsplätze geht, um Leute, die ihre Stelle verlieren können, aber der Staat kann die ganze Situation nicht retten. Auch wenn wir hier 20 oder 30 Millionen Franken mehr budgetieren würden, würde dies an der Situation überhaupt nichts ändern. Wir holen da nichts heraus, und eine Reduktion des Unterhaltsprogramms sieht diese Kürzung nicht vor.

Karl Weiss (FDP, Schlieren): Frau Genner hat mich herausgefordert, und Herr Werner hat mich darin bestätigt. Frau Genner hat die Arbeitslosigkeit angesprochen und erwähnt, man müsse allenfalls Stellen abbauen, wenn der Unterhalt der Liegenschaften stark reduziert werde. Ich erinnere hier an etwas und möchte dies Herrn Hofmann vor Augen halten: Als es um den neuen Kantonsbaumeister ging, hat sich das Personal dafür eingesetzt, dass neues, frisches Blut von aussen kommt. Das gleiche Personal hat auch Herrn Hofmann Lösungsansätze aufgezeigt, wie man die Hierarchiestufen – zumindest um eine Stufe – verringern könnte. Wir haben aber bei den Personalaufwendungen nicht gesehen, dass sich diesbezüglich etwas verändert hätte. Ich bin überzeugt, dass hier noch Potential vorhanden ist. Es tut mir leid, sagen zu müssen, dass die Basis, die Spezialisten, nicht mehr motiviert ist. Wenn zu viele Vorgesetzte Vorschriften erlassen, dann liegt der Grund darin, dass zu viele Vorgesetzte vorhanden sind. Davon bin ich überzeugt. Ich glaube, diesem Gedanken müsste man noch nachgehen. Es waren eigene Leute, die das gesagt haben; ich habe es nur weitergegeben.

Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur): Ich möchte nur kurz etwas berichtigen. Herr Werner, wenn Sie sagen, die Baukosten seien gesunken, dann stimmt dies bezüglich des Produktionsteils. Aber Sie vergessen, dass wir ein Abfallgesetz angenommen haben, auch ein Energiegesetz. Ich bin gerne bereit, Ihnen einmal die Kalkulation, wie sie heute diesbezüglich auf uns zukommt, zu unterbreiten. Das hat zur Konsequenz, dass die Unterhaltskosten sich de facto wieder ausgleichen und einpendeln. Man kann nicht nur den Produktionsteil allein zum Nennwert nehmen. Da ich mit meinem Betrieb direkt im Unterhalt tätig bin, werde ich sitzen bleiben.

Jacqueline Fehr (SP, Winterthur): Ich denke, Frau Fuhrer und Frau Diener sind ziemlich neidisch auf Herrn Hofmann, einzig und allein aus der Tatsache heraus, dass er der letzte in der Direktionsreihe ist, und es sich jetzt offensichtlich die Bürgerlichen erlauben können, die Reihen etwas zu durchbrechen.

Es stimmt mich schon recht nachdenklich, wenn ausgerechnet die baulichen Investitionen derart anders beurteilt werden als alle andern Investitionen, die wir bisher diskutiert haben, sei es Bildung, sei es Prävention. Frau Zumbrunn hat es schon gesagt: Sie können die Worte

ersetzen, und es wären unsere Voten, die Sie jetzt gehalten haben. Es stimmt mich auch sehr nachdenklich, wenn Sie gestern den Antrag meines Namenskollegen betreffend den Unterhalt der Liegenschaften bei der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon, diese Viertelmillion, abgelehnt haben, auch wenn wir mit den genauegleichen Argumenten diskutiert haben, wie Sie es jetzt tun. Aber damals, gestern, lag es ja noch nicht drin, abtrünnig zu werden.

Es stimmt mich nachdenklich, wie sachorientiert Sie in dieser Budgetbehandlung debattiert haben und wie Sie jetzt am Schluss, wo nichts mehr passieren kann, Ihre wahren Interessen wieder herauskehren in der Hoffnung, das bliebe dann bei Ihren Wählerinnen und Wählern haften. Ich hoffe, dass Sie sich dabei täuschen.

Es stimmt mich auch nachdenklich, wie die CVP sich anders verhält als ihre Bundespartei, die den Investitionsbonus klar befürwortet und auch der Meinung ist, dass es über diesen Weg eine Chance gibt, mittelfristig aus der Krise zu kommen.

Wir werden diesen Anträgen zustimmen. Wir sind wie vorher, wie bei den andern Investitionen, wie bei der Bildung, überzeugt, dass wir für die Zukunft schauen müssen, dass wir für die Zukunft auch Geld ausgeben müssen, selbst wenn es im Moment knapp ist, dass wir das sorgfältig tun müssen. Ich stimme aus diesen Gründen auch diesen Anträgen zu. Ich hoffe, dass wir irgendeinmal, wenn wir wieder normal und sachlich diskutieren können, auch Sie wieder merken, dass Bildung und Prävention auch Investitionen sind.

Regierungsrat Hans H o f m a n n : Herr Weiss, wenn Sie den Voranschlag anschauen, dann sehen Sie, dass wir die Besoldungen von 22,750 Millionen Franken im Voranschlag 1996 auf 21,286 Millionen Franken reduziert haben. Das ist alles auf Personalabbau zurückzuführen. Wir haben im Novemberbrief eine weitere Kürzung von 600'000 Franken gemeldet, weil wir im Hochbauamt schon lange Abgänge nicht mehr ersetzen. Das wird auch weiter der Fall sein. Wie viele Hierarchiestufen wir letztlich haben werden, weiss ich noch nicht. Das «WIF!»-Projekt ist gestartet; wir sind daran, das Hochbauamt umzuorganisieren.

Herr Werner, Sie haben gesagt, ich hätte Ihnen noch nie eine Liegenschaft zeigen können, die in einem schlechten Unterhaltszustand ist. Sie haben gesagt, Sie würden die kantonalen Liegenschaften gut kennen. Ich kenne Sie auch gut, aber ich kenne die wenigsten. Ich werde Ihnen

die Liste geben. Das ist ein Buch. Der Kanton besitzt über 1300 Liegenschaften. Sie können alle besichtigen und sich über deren Unterhalt orientieren. Aber Sie brauchen mehr als ein Jahr dazu, und dann werden Sie sehen, wie viele Liegenschaften es gibt, bei denen man sich schämen muss, dass sie dem Kanton gehören. Ich bitte Sie, hier diese Kürzung nicht vorzunehmen.

Abstimmungen

Konto 3010.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Antrag Finanzkommission 46'489'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 51'489'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 80:70 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Konto 3010.3180.100, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter, Studien und Planungen, Antrag Finanzkommission 461800 Franken, Antrag Regierungsrat 577'000 Franken: Der Rat entscheidet mit 91:57 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Konto 3010.3181, Entschädigung für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter, Antrag Finanzkommission 5'662'800 Franken, Antrag Regierungsrat 7'266'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 91:48 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Die Liegenschaft Wengistrasse 28 ist im Besitz der BVK. Die frühere Mieterin IBM ist ausgezogen, das Haus steht leer. Der Regierungsrat hat am 6. November 1996 beschlossen und mit Novemberbrief beantragt, Umbaukosten von 6,1 Millionen Franken in den Voranschlag aufzunehmen für eine neue Nutzung durch das Einzelrichteramt für Zivil- und Strafsachen, die Rechtshilfe und die Haftrichterorganisation, die bisher in der Kaserne sind. Die Finanzkommission hat sich lange und ausgiebig mit dieser Angelegenheit befasst. Wir haben die Liegenschaft besichtigt und alle involvierten Stellen angehört. Schliesslich haben wir uns überzeugen lassen, dass die Räumlichkeiten benötigt werden. Es wurde gesagt, dass auch die Aussenrenovation an die Hand genommen, die Fassade und die Eingangspartie verbessert werden sollen. Wir sind der Meinung, dass wir Räumlichkeiten für diese Institutionen, aber keinen neuen Justizpalast

brauchen. Wir haben deshalb beantragt, den Kredit um eine Million zu kürzen.

Eine Minderheit beantragt, den ganzen Kredit zu streichen. Drei Mitglieder des Kantonsrates haben beim Bundesgericht auch eine staatsrechtliche Beschwerde eingereicht. Sie machen geltend, ein Umbaukredit in dieser Höhe müsse dem Kantonsrat mit einem Kreditbeschluss unterbreitet werden, der dem Finanzreferendum unterstehe, da dem Bezirksgericht die nötigen Räume nicht zwingend in dieser bestimmten Liegenschaft eingerichtet werden müssen. Sie meinen auch, dass die Liegenschaft vom Finanzvermögen der BVK in das Verwaltungsvermögen des Staates übertragen werden müsse. Das Bundesgericht wird sich wieder einmal mit der Frage der gebundenen oder nichtgebundenen Ausgaben zu beschäftigen haben. Bis jetzt wurden solche Kredite gebilligt. Ich möchte mich nicht zu dieser staatsrechtlichen Beschwerde äussern.

Ich beantrage im Namen der Finanzkommissionsmehrheit, dem Kredit mit Kürzung um eine Million zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Werner Scherrer (EVP, Uster): In letzter Zeit haben wir uns in diesem Rat schon mehr mit Unwillen darüber aufgehalten, dass im Zusammenhang mit der Realisierung dringlicher Bauvorhaben die Referendumpflicht strapaziert oder verletzt worden ist. Ich habe jeweils selbst Verständnis geäussert. Es bestand ja ein grosser Handlungsdruck, insbesondere im Zusammenhang mit der Drogenszene und mit dem Missbrauch des Ausländerrechts. Die Polizeigefängnisse und die Ausschaffungsgefängnisse Kloten mussten sofort erstellt werden.

Diese Rahmenbedingungen sind aber beim Umbau der Liegenschaft Wengistrasse 28 nicht mehr gegeben. Das Einzelrichteramt ist in der Kaserne zwar in einem Provisorium untergebracht, aber für einen Umzug besteht keine Dringlichkeit. Es bestand zwar durch den Wegzug der Computerfirma ein gewisser Zugzwang. Dieser kam aber dem Obergericht gerade gelegen, um das eigentliche Ziel, einen Zusammenzug aller Abteilungen des Bezirksgerichts an einem Standort, zu erreichen. Ebenso lag es im Interesse der Bewirtschaftung der Liegenschaften der Beamtenversicherungskasse, da diese so optimal geschehen konnte. So weit, so gut.

Die Interpretation bezüglich der Gebundenheit der Ausgaben ist aber zu bezweifeln. Zum einen macht die Erfüllung staatlicher Aufgaben als dauernde Nutzung in staatseigenen Liegenschaften eine solche Liegenschaft zum Teil des Verwaltungsvermögens, weil eine andere, am freien Liegenschaftenmarkt orientierte Nutzung nicht möglich ist. Es ist unbestritten, dass Anlagen der BVK in Liegenschaften Finanzvermögen darstellen. Die Folge ist, dass die Nutzung für Aufgaben des Bezirksgerichts die Überführung ins Verwaltungsvermögen nötig macht. Das ist ein referendumspflichtiges Geschäft.

Aber auch der Umzug des Einzelrichteramts aus der Kaserne bedingt den Umbau und die Umnutzung der Liegenschaft Wengistrasse 28. Das ist keine gebundene Ausgabe. Die Wahlfreiheit bezüglich Standort ist absolut gegeben. Die Dringlichkeit der Massnahme hat nicht bestanden. Es ist auch nicht die unmittelbare Folge einer Gesetzänderung oder allgemein übergeordneten Rechts oder Beschlusses. Also: Der Kredit für den Umbau in der Höhe von 11,6 Millionen Franken ist referendumspflichtig.

Das Geschäft hinterlässt den Eindruck, es sei um das Referendum herumgebogen worden. Es ist einleitend erwähnt worden. Im nachhinein bleibt nur noch die Unwillenskundgebung oder das Knurren. Vorliegend besteht keine andere direkte Einflussmöglichkeit, als den Investitionskredit im Voranschlag zu streichen, verbunden mit der Forderung, dem Kantonsrat einen Objektkredit vorzulegen. Ebenso wäre es wahrscheinlich für die Mitglieder dieses Rates nicht uninteressant, etwas über das Raumkonzept des Bezirksgerichts zu erfahren.

Es geht nicht darum, Sinn oder Zweckmässigkeit der Nutzung der Liegenschaft Wengistrasse 28 zu beurteilen, sondern um die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit. Die EVP spricht sich gegen die Freigabe der Finanzmittel für den Umbau im Rahmen des Budgets aus und beantragt, den Betrag von 8,1 Millionen Franken zu streichen.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Wir können in diesem Rat leider nicht die gesamte Umbausumme, die hier für die Liegenschaft Wengistrasse 28 vorgesehen ist, kürzen, weil nur ein Teil, nämlich die 8,1 Millionen Franken in diesem Budget eingestellt sind. Ich meine, es ging der Regierung um eine klare Interessenabwägung, welches Haus leer steht, nämlich das an der Wengistrasse oder das Gebäude des World

Trade Center, wohin sie nämlich diese Computerfirma, die frühere Mieterin an der Wengistrasse, geschickt hat. Als sie dann die Liegenschaft an der Wengistrasse wirklich frei hatte, hat sie sich überlegt, wer da hineinkommt, und nun kommt das Bezirksgericht mit einem überrissenen Bauprogramm. Es geht effektiv nicht, dass wir Raum vom Staat über BVK-Liegenschaften ausweiten und nachher noch mit hohen Investitionen für langer Zeit binden.

Wir können in dieser Budgetposition lediglich diese Kürzung beantragen. Wir als Finanzkommission sind bei diesem Geschäft immer ausgelassen worden und konnten alle Entscheide nur in der Zeitabfolge im nachhinein mitverfolgen. Das ist für mich keine Art, wie regiert wird, vor allem, wenn eine Kommission an einem Geschäft lebhaftes Interesse zeigt, auch etwas mitsprechen zu wollen. Es ist auch an diesem Rat ganz klar vorbeipolitisiert worden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Kredit zu streichen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Ich bitte Sie im Namen der SP, diesem Antrag auf Streichung von um 8,1 Millionen Franken zuzustimmen und nicht dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission auf Streichung von einer Million.

Was passiert, wenn Sie nur eine Million kürzen? Diese Million wird möglicherweise einfach auf das Budget 1998 verschoben, und zwar zum Restkredit, der bereits in der Finanzplanung 1998 auch enthalten ist. Eine Million Franken kürzen ist weder Fisch noch Vogel.

Abgesehen von einem kurzen Rundgang hat die Finanzkommission das Umbauprojekt nicht ernsthaft geprüft. Dazu bräuchte es eine Spezialkommission, die sich auch die Pläne und so weiter genauer erklären lassen würde. Wir können also im Grunde genommen gar nicht richtig beurteilen, ob das Projekt unverhältnismässig und luxuriös ist. Am besten wäre es gewesen, wenn der Regierungsrat den gesamten Objektkredit dem Kantonsrat unterbreitet hätte. Dann hätten wir auch eine Spezialkommission zur Prüfung dieses Projekts einsetzen können. Der Regierungsrat hat aber bekanntlich diese Bereitschaft nicht gezeigt. Wir müssen nun den gesamten Kredit aus dem Budget streichen.

Das ganze Problem, das mit der Sanierung der Liegenschaft Wengistrasse 28 angesprochen ist, geht übrigens schon auf das Jahr 1994 zurück. Schon die damalige Finanzkommission hat sich mit der Sanierung des Bezirksgebäudes und der Liegenschaften Wengistrasse 28 und

30 befasst. Von daher bedaure ich es ein bisschen, dass auf bürgerlicher Seite fast niemand mehr von der damaligen Finanzkommission dabei ist. Ich wage zu behaupten, dass es in der Besetzung 1991–1994 bei diesem Konto zu einem Mehrheitsentscheid auf Streichung um 8,1 Millionen Franken gekommen wäre. Wenn man die ganze Vorgeschichte kennt, kann man sich nur fragen, wie lange der Regierungsrat den Kantonsrat ausspielen will.

Das Gebäude Wengistrasse 28 ist eine BVK-Liegenschaft und damit im Finanzvermögen des Staates. Sie können ja diese Liste in der Bestandesrechnung jeweils bei Abnahme der Rechnung sehen. Finanzvermögen ist gemäss gesetzlicher Definition grundsätzlich realisierbar. Liegenschaften der BVK müssen aber stets die Bedingungen der Statuten der Versicherungskasse erfüllen, und diese Statuten erlauben nur den Kauf von Wohn- und Geschäftshäusern. Liegenschaften der BVK müssen grundsätzlich stets realisierbar sein. Die Frage ist deshalb berechtigt, ob eine Liegenschaft mit Amtsstellen und mit Gerichtssälen stets realisierbar ist.

Es taucht hier auch der alte Rollenkonflikt des Finanzdirektors und seiner Liegenschaftenverwaltung auf, über die wir uns in der Finanzkommission und übrigens auch in der Geschäftsprüfungskommission seit Jahren unterhalten. Ich glaube, es ist nun genug, jetzt müssen wir diesen Kredit ablehnen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Regierungsrat Hans H o f m a n n: Es stimmt, es ist eine Beschwerde vor Bundesgericht. Es wird zu entscheiden haben, ob das eine gebundene Ausgabe ist oder nicht. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass er recht bekommen wird. Er hat seine Praxis nicht geändert. Er ist schon immer so verfahren. Wir haben stets streng getrennt, was Neubau und was lediglich Umbau und realisierbar ist. Den Neubauteil haben wir als solchen ausgewiesen. Er liegt unter 2 Millionen Franken, und dieser Betrag fällt in die Kompetenz des Regierungsrates. Sonst handelt es sich um ein normales Bürogebäude, das jederzeit wieder als Bürogebäude weiterverwendet werden könnte. Wenn Herr Scherrer nun sagt, man müsse den Kredit zurückweisen, damit der Regierungsrat dem Parlament einen Objektkredit bringt, so wird dies der Fall sein, wenn das Bundesgericht Ihnen recht gibt. Aber diese Beschwerde kommt dem Kanton sehr teuer zu stehen, denn dort läuft ein sehr hoher

Mietzins von – wenn es mir recht ist – rund 200'000 Franken im Jahr. Und dies für ein Gebäude, das wir jetzt stehen lassen müssen und nicht umnutzen und renovieren können.

Sie können heute diesen Kredit streichen, aber wir müssen warten, bis das Bundesgericht entschieden hat.

Kurt S c h r e i b e r (EVP, Wädenswil): Wir sind nun offenbar schuld, dass uns ein leeres Haus sehr teuer zu stehen kommt. Ich nehme das zur Kenntnis.

Ich bin auch ein Mitglied der alten Finanzkommission 1991–1994. Wir haben auch damals über die Liegenschaft gesprochen. Es ging damals um 70 Millionen Franken. Wir haben uns darüber aufgehalten, sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite. Wir haben mit Juristen gesprochen, und einer hat mir gesagt: Ihr müsst halt klagen, dann wird der Regierungsrat schon einlenken.

Das haben wir jetzt gemacht. Wir wollen einmal wissen, wie es mit diesen gebundenen Ausgaben steht. Es tut mir leid, wenn es 300'000 Franken kostet. Es ist immer noch den Preis wert, damit wir endlich einmal wissen, woran wir sind, und damit dieses dumme Gefühl endlich einmal aufhört, dass der Kantonsrat vom Regierungsrat an de Nase herumgeführt werde. Diese Klärung sind diese 300'000 Franken allemal wert.

Liselotte I l l i (SP, Bassersdorf): Ich möchte noch eine Ergänzung zum Votum des Herrn Baudirektors Hofmann anfügen. Das darf ich jetzt auch als Finanzkommissionspräsidentin sagen. Ich finde den Hinweis auf den Mietzinsausfall ein bisschen als eine Drohung. Es stimmt zwar, dass Sie in dieser Zeit diesen Mietzins nicht erheben können, aber man müsste fairerweise sagen, dass diese Mieter von einer BVK-Liegenschaft in eine andere Liegenschaft gezogen ist, die zumindest zu einem grossen Teil auch der BVK gehört, nämlich ins World Trade Center. Daher ist der Mietzinsausfall netto nicht mehr so gross.

Abstimmung

Konto 3010.5035, Einbauten in vom Staat gemietete Liegenschaften; Sammelkonto, Antrag Finanzkommission 12'372'000 Franken, Minderheitsantrag Werner Scherrer und Mitunterzeichnende

Streichung von 8,1 Millionen Franken: Das Resultat der Abstimmung lautet 79:79 Stimmen. Die Ratspräsidentin gibt den Stichentscheid zugunsten des Minderheitsantrags.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3010, Hochbauamt, genehmigt.

3011 Amt für Technische Anlagen und Lufthygiene

Keine Bemerkungen; genehmigt.

3012 ATAL-Fernwärmeversorgung

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Ich habe eine Bemerkung zur ATAL-Fernwärmeversorgung. Sie sehen im Budget 27 Millionen Franken eingestellt. Hier ist ein Teilbetrag für das Heizkraftwerk Aubrugg eingestellt. Es versteht sich von selbst, dass dieser Betrag erst bezogen werden kann, wenn er rechtsgültig durch die Volksabstimmung abgesegnet ist. Wir haben diesen Betrag ausnahmsweise im Budget belassen, weil wir damit rechnen, dass dieses Heizkraftwerk kommt.

Abstimmung

Konto 3012.3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Antrag Finanzkommission 480'000 Franken, Antrag Regierungsrat 600'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 88:56 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3012, ATAL-Fernwärmeversorgung, genehmigt.

3013 Amt für Raumplanung

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Beim Amt für Raumplanung hat die Finanzkommission im Prinzip einen Stellenabbau bewilligt, weil auch hier gestrichen werden soll.

Hartmuth A t t e n h o f e r (SP, Zürich): Bei der hier beantragten Kürzung beim Amt für Raumplanung geht es um den Vollzug des Richtplans. Es ist immer wieder argumentiert worden, wenn der Richtplan abgeschlossen ist, sei diese Arbeit erledigt. Dem ist aber nicht so. Als wir den Richtplan hier diskutierten, haben wir in der Eintretensdebatte hüben und drüben genau erklärt, was der Richtplan und was Richtplanung ist. Der Richtplan ist vor zwei Jahren hier in diesem Saal abgeschlossen worden. Er besteht aus einem Text und aus einem kartographischen Werk. Der Richtplan ist eine Festlegung des Ist-Zustands von damals. Seither wirkt in diesem Kanton die Richtplanung. Richtplanung hat als eine der wichtigsten Aufgaben beispielsweise die Früherkennung möglicher Entwicklungen. Hätte man zum Beispiel vor zehn Jahren auf Fachleute gehört, die früh erkannt haben, dass es im Kanton Zürich einmal zu einer Überkapazität an Büroräumen komme, dann hätte man einige Weichen anders stellen können. Das hat man aber nicht getan. Richtplanung heisst auch, dass man ein Controlling ausübt über den Vollzug des Richtplans in den 171 Gemeinden, in den Zweckverbänden und in den Planungsregionen.

Wenn wir jetzt hier kürzen, gefährden wir den Vollzug des Richtplans, dann gefährden wir die Richtplanung. Ich bitte Sie, das genau zu bedenken. Gefährden Sie nicht die Entwicklung unseres Kantons!

Barbara M a r t y K ä l i n (SP, Gossau): Sie können ohne weiteres auch konkreter werden, wobei ich in erster Linie Herren anspreche, nämlich jene, die zu Hause in Gemeindebehörden sitzen. Als Gemeindepräsidenten oder Gemeindevorsteher sind Sie auch Mitglieder in gewissen Planungsverbänden. In diesem Konto 3180, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter, das Sie um 20 Prozent kürzen wollen, betreffen rund 40 Prozent des Gesamtbetrags die Rückerstattungen von Planungskosten, welche die regionalen Planungsverbände respektive Ihre Gemeinden dem Kanton bevorschusst haben. Wenn Sie diesen Betrag kürzen, wird der Kanton darauf verzichten, die Vorschussleistungen, die durch die Gemeinden erbracht worden sind, zurückzahlen.

Regierungsrat Hans H o f m a n n: Der Regierungsrat hat Ihnen ja bereits eine Besoldungskürzung um 140'000 Franken mit dem Novemberbrief beantragt. Wenn nun die Finanzkommission die Guten bestraft

und noch einmal 135'000 Franken kürzt in einem Amt, das gut 20 Personen beschäftigt, dann ist das zu massiv. Ich bitte Sie, von der zusätzlichen Kürzung abzusehen.

Abstimmung

Konto 3013.3010, Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Antrag Finanzkommission 4'840'700 Franken, Antrag Regierungsrat 135'000 Franken nicht kürzen: Der Rat entscheidet sich mit 84:56 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3013, Amt für Raumplanung, genehmigt.

3014 Tiefbauamt

Abstimmung

Konto 3014.3145.100, Winterdienst, Antrag Finanzkommission 3'956'000 Franken, Antrag Regierungsrat 4'300'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 80:43 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Ratspräsidentin Esther Holm: Regierungsrat Hans Hofmann zieht die Anträge betreffend die Konten 3014.3145.200, Staatsstrassenunterhalt; Reinigung und Grünpflege, und 3014.3145.300, Staatsstrassenunterhalt; Verkehrseinrichtungen und Beleuchtungen, zurück.

Regierungsrat Hans Hofmann: Ich habe die Anträge ungerne zurückgezogen. Aber ich sagte es bereits und sehe es: Wir sparen einfach, koste es, was es wolle.

Ich möchte Sie aber bitten, die nächsten Anträge, das sind die Projektierungen beim Tiefbauamt, nicht zu streichen. Sonst können wir tatsächlich den Lärmschutz und die Radwege in Zukunft nicht mehr im gesetzlich erforderlichen Umfang erstellen, aber auch nicht Verkehrssicherheitsanlagen und Fussgängerübergänge. Wir planen hier im Bereich der Verkehrssicherheit. Es wäre am falschen Ort gespart, wenn Sie hier streichen.

Dr. Ulrich E. G u t (FDP, Küssnacht): Ich habe schon den Eindruck, eine solche Intervention des Regierungspräsidenten wäre es würdig, dass die zuständige Sprecherin oder der Sprecher der Finanzkommission den Antrag der Mehrheit begründen würde.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Ich glaube, Sie haben bis jetzt auch nicht auf irgendein logisches Argument gehört. Der Regierungsrat hat es wirklich deutlich genug gesagt. Ich möchte ihm nicht nachbeten; er kann es.

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Die Finanzkommission hat ihre Anträge nicht aus Freude gestellt, sondern aus finanziellen Überlegungen und aus Konsequenzgründen. Wir haben bei allen Direktionen Kürzungen beantragt, so auch bei der Baudirektion.

Mario F e h r (SP, Adliswil): So einfach wollen wir es uns doch nicht machen. Ich mag mich noch sehr gut daran erinnern. In der Debatte über das Strassenbauprogramm wurde beredete Klage darüber geführt – beispielsweise von Ihnen, Herr Jud, und auch von Ihnen aus dem Bezirk Andelfingen, Herr Stucki –, dass der Veloweg in Ihrer Region nicht komme. Wenn Sie hier kürzen, können Sie sicher sein, dass dieser Veloweg auch später nicht kommt. Ich hoffe mindestens, dass es eine regionale Gerechtigkeit in dem Sinne gibt, dass der Baudirektor sich vielleicht bei dieser Abstimmung ein wenig umschaute, und dass er dann, wenn das nächste Mal beredete Klage geführt wird, weiss, wer dabei nicht konsequent gehandelt hat und die Strafe dann auf dem Fusse folgt.

Regierungsrat Hans H o f m a n n: Ich möchte Sie nur noch daran erinnern, dass Sie mit dieser Kürzung die Staatsrechnung um keinen Rappen verbessern, da sich die Strassenrechnung über den Strassenfonds selbst finanziert. Sie können beim Strassenbau auch 25 Millionen streichen, Sie verändern damit die Staatsrechnung beim Saldo der Laufenden Rechnung nicht. Hier ist der Kostendeckungsgrad 100 Prozent.

Abstimmungen

Konto 3014.3180.100, Entschädigung für Studien und Planungen, Antrag Finanzkommission 960'000 Franken, Antrag Regierungsrat 1'200'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 65:57 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Konto 3014.3181.100, Entschädigung für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter; Investitionsvorbereitungen, Antrag Finanzkommission 400'000 Franken, Antrag Regierungsrat 500'000 Franken, und Konto 3014.3180.400, Entschädigung für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter; Bau Staatsstrassen, Antrag Finanzkommission 1'040'000 Franken, Antrag Regierungsrat 1'300'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 80:42 Stimmen zugunsten der Anträge der Finanzkommission.

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Frau Genner hat eine ganze Serie Minderheitsanträge gestellt, die alle den Flughafen Kloten betreffen. Es handelt sich total um Investitionen von rund 40 Millionen Franken. Die grosse Mehrheit der Finanzkommission beantragt Ihnen, die Minderheitsanträge abzulehnen und wie die Mehrheit der Finanzkommission und die Regierung zu stimmen. Es handelt sich um den Autobahn-zusammenschluss, um verschiedene Bauten im Zusammenhang mit der Erweiterung des Flughafens. Das Volk hat diesen Investitionen zugestimmt. Ich meine, wir sollten die Meinung des Soveräns respektieren. Beim Flughafen Kloten handelt es sich um einen starken Eckpfeiler des Wirtschaftsstandorts Zürich, sogar des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Es wäre töricht, an diesem Ast zu sägen, der noch reichlich Früchte trägt und weiter tragen soll. Hier handelt es sich um einen Betrag von 40 Millionen Franken. Das würde Arbeit und Arbeitsplätze kosten. Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge abzulehnen.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Zuerst zum Konto 5014.108: Diese 9 Millionen Franken betreffen den Autobahnzusammenschluss Kloten. Ich möchte Sie im folgenden bitten, über die 5029er-Konten – dies sind sechs Posten, die zusammen 31,1 Millionen Franken ergeben – nachher gemeinsam, abzustimmen.

Ich habe diesen Kürzungsantrag bei den Interventionen mit einer materiellen Komponente gestellt. Auf die 5029er-Konten wird später mein Kollege Peter Förtsch eintreten. Ich habe aber diesen Antrag auch aus

ratsökonomischen Gründen gestellt, weil genau alle diese Kontenposten zusammen etwa 40 Millionen Franken ergeben. Das ist gleichviel wie der Sachaufwand, den Sie mit vielen Kürzungen zusammengestrichen haben, ohne Wissen um die Konsequenzen, ohne Wissen um die Folgen. Wenn wir hier genauso 40 Millionen Franken streichen, dann wissen wir genau, was wir haben und was wir nicht haben. Ich denke, es ist mir lieber, ich kenne nachher die Folgen, als wenn es so geht, wie Sie das machen, indem Sie im Unwissen einfach ein Budget zusammenstreichen. Deshalb habe ich diesen Antrag gestellt. Es gibt aber auch einen materiellen Aspekt, und ich bitte meinen Kollegen, dies vorzutragen.

Markus J. W e r n e r (CVP, Dällikon): Für die CVP-Fraktion ist der Betrag von 9 Millionen Franken für den Autobahnzusammenschluss Kloten auf Konto 5014.108 absolut unbestritten. Betreffend die übrigen Positionen muss ich Ihnen mitteilen, dass wir uns selbstverständlich der Wie-du-mir-so-ich-dir-Übung nicht anschliessen können. Es lohnt sich aber gleichwohl, diese Positionen kurz zu hinterfragen.

Die CVP verlangt von den heute anwesenden Regierungsräten eine Zusicherung hinsichtlich der Finanzierbarkeit der Investitionen angesichts der veränderten Ausgangslage. Das seinerzeit in der Abstimmungszeitung dargestellte Finanzierungsmodell sah vor, dass durch massive Aufschläge der Gebühren die Refinanzierung gesichert werde. Dem ist aber offenbar nicht mehr unbedingt so.

Wir werden entgegen dem Antrag der Grünen den Antrag der Regierung und der Finanzkommission unterstützen, verlangen aber die Zusicherung, dass dem Rat ein entsprechend überarbeitetes Finanzierungskonzept für die 5. Ausbautappe vorgelegt wird.

Franziska T r o e s c h - S c h n y d e r (FDP, Zollikon): Ich spreche zu allen Minderheitsanträgen von Ruth Genner und möchte dazu sagen: Man spürt die Absicht und man ist verstimmt. Es geht uns jetzt wahrscheinlich gleich, wie Ihnen in den letzten paar Stunden.

Hier sind aber nicht sparen und kürzen Eltern des Gedankens, sondern vielmehr rein ideologische Motive. Der Ausbau und damit die Konkurrenzfähigkeit des Flughafens sollen verhindert werden. Neben dem Steuerfuss ist dieser Flughafen ein wichtiges Standbein des Wirtschaftsstandorts Zürich und der Schweiz, nämlich das Tor zur Welt.

Internationale Gesellschaften werden, wenn der Flughafen nicht mehr konkurrenzfähig ist und damit auf nationalen Standard absinkt, ihre Arbeitsplätze noch vermehrt ins Ausland verlagern. Sie sind darauf angewiesen, an ein funktionierendes internationales Verkehrsnetz angeschlossen zu sein. Damit gehen auch Arbeitsplätze mittlerer und kleinerer Betriebe und des Gewerbes als Zulieferer verloren. Sie haben mehrmals auf den Volkswillen hingewiesen. Auch hier liegen diesen Investitionen Volksabstimmungen mit klaren Ergebnissen zugrunde.

Frau Genner, Sie haben mir vorgeworfen, ich sei gegen die Jungen. Ich habe Hand geboten bei der Maturität, ich habe gesagt, sobald wir wissen, ob effektiv ein Abbau stattfindet, müsse man über die 4 Millionen Franken nochmals sprechen und den Betrag eventuell über Nachtragskredite einfordern. Ich möchte hier sagen: Gymnasien fangen meines Wissens im Sommer an und nicht nach den Sportferien. Hier haben Sie nun Gelegenheit, etwas für die Jungen und für zukünftige Arbeitsplätze zu tun. Hier ist auch mein Bekenntnis zu den Jungen, hat es doch meines Erachtens wenig Sinn, viel in Forschung und Bildung zu investieren, wenn dann durch Verbote der Anwendung dieser Forschung für die jungen Menschen, die mit guter Bildung aus den Schulen und Hochschulen kommen, keine Arbeitsplätze in der Schweiz zur Verfügung stehen. Auch hier geht es um eine Investition in die Zukunft und darum auch eine Investition in unsere Jugend. Ich bitte, diesen Trotzaktionen Ruth Genners nicht zuzustimmen.

Martin M o s s d o r f (FDP, Bülach): Kurz zum Autobahnzusammenschluss, alle Jahre kommt ja ein solcher Vorstoss. Es ist immer derselbe Antrag. Investitionen, die einmal genehmigt, vom Volk gutgeheissen wurden, sollten, können und müssen wir jetzt auch tätigen. Mit dem Bau wurde schliesslich auch bereits begonnen. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Denken Sie auch daran, nicht nur der private Verkehr, auch der öffentliche Verkehr ist betroffen.

Peter F ö r t s c h (Grüne, Zürich): Hier handelt es sich um Bauten der 5. Ausbaustufe des Flughafens. Ein Projekt, das – wie Sie schon gesagt haben – im Juni 1995 vom Volk gutgeheissen wurde. Das ist und bleibt unbestritten. Insgesamt sollen 870 Millionen Franken verbaut und vom Kanton finanziert werden. Allerdings hat sich die Ausgangslage für die Legitimation zum Ausbau in den letzten 18 Monaten

sehr stark verändert. Vor allem bezüglich der Höhe der zu investierenden Summen sind Fragen gestellt. Die Hauptargumente für den Flughafenausbau, die im Beleuchtenden Bericht zur Abstimmung vorgelegt wurden, stimmen nicht oder sind überholt. Zum Beispiel wurde von der Regierung behauptet, 220'000 Flugbewegungen könnten mit den damals und auch heute noch vorhandenen Strukturen unmöglich bewältigt werden. Es wurde weiter behauptet, dass 4500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die Refinanzierung sei gesichert. Auch was bezüglich Lärm, Dreckluft und Sicherheit behauptet wurde, erweist sich heute als nicht mehr gültig und widerlegt. Ohne nur einen einzigen Nagel eingeschlagen zu haben, also ohne nur eine einzige klitzekleine bauliche Veränderung vorzunehmen, ist es 1996 möglich, 226'000 Flugbewegungen durchzuführen. Und dabei ist der Flugbetrieb insgesamt sicherer geworden, wie das Herr Staffelbach, der Flughafendirektor, vor gut zwei Monaten öffentlich sagte. Das heisst im Klartext, der Ausbau ist momentan nicht von allererster Dringlichkeit. Wir haben Zeit, um Fehlplanungen zu vermeiden und richtig zu handeln.

Da ist jetzt etwas zu sagen: Sie von der FDP haben vielleicht ein bisschen voreilig geschlossen, was wir wollen. Schade, Sie konnten ja von Anfang an nicht richtig zuhören, ich weiss auch, dass Sie jetzt nicht richtig zuhören, und ich weiss auch, dass das, was wir sagen, keinen Einfluss hat. Es wird bei der Abstimmung da drüben wieder eine Wand sein. Aber wir werden es trotzdem sagen.

Die in der Volksabstimmung in Aussicht gestellten 4500 nachhaltigen neuen Arbeitsplätze sind nicht mehr haltbar. Erstens weil bis heute schon weit über tausend Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, zweitens weil dereinst mit der Inbetriebnahme des neuen Terminals mit Sicherheit neue Erkenntnisse vorhanden sind, die noch weitere Arbeitsplatzstreichungen ermöglichen werden, und drittens haben Sie selber hier in der Budgetdebatte Stellen gestrichen.

Die sogenannte sichere Refinanzierung wurde von der Regierung wie folgt relativiert: «Der stärkere Zerfall der Flugpreise und damit auch der Flugverkehrsverträge beeinflussen die Möglichkeiten zur Erhöhung der Flughafengebühren in naher Zukunft wohl eher einschränkend.» Ich meine, man kann es auch im Klartext sagen: Die Kosten werden nicht durch höhere Gebühren gedeckt werden können, insbesondere weil gemäss neuestem Trend die Preise noch weiter sinken werden. Ausserdem hat der Flughafen neben den vielen wichtigen Kunden einen

ganz wichtigen Kunden, die Swissair. Nur, die Swissair hat bekanntlich beim Bundesrat einen höchst brisanten Brief deponiert. Die Swissair will Geld vom Bund. Der Hauptkunde Swissair wird also in naher Zukunft nicht mehr solvent sein, aber ganz sicher – und das zeigt der Brief an den Bundesrat – will die Swissair die Verluste dem Staat zuschieben.

Alle diese Gründe sprechen dafür, das alte, überdimensionierte, nicht verkehrsgerechte und nicht finanzierungsgerechte Projekt des Flughafenausbaus fallen zu lassen und ein neues Projekt auszuarbeiten. Nur so besteht die Möglichkeit mit einer etwas realistischeren Finanzierungskelle anzurichten, einen bezahlbaren Ausbau zu realisieren und nicht eine Finanzierung à fonds perdu zu Lasten der Steuerzahlerinnen und der Steuerzahler des Kantons Zürich zu haben. Der Kanton kann so sehr wesentliche Aufgaben in dreistelliger Millionenhöhe sparen und obendrein eine tragende Stütze der Standortvorteile für den Kanton sehr stark verbessern. Ich fordere Sie darum auf, dem Minderheitsantrag von Ruth Genner zu folgen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion wird die Minderheitsanträge ablehnen, aber nicht aus denselben Gründen wie vielleicht Frau Troesch, die eher ideologisch argumentiert hat, und auch nicht aus den Gründen von Frau Genner, die ein Rechenspiel mit dem Flughafen machen will und den Sachaufwand diesen Streichungen gegenüberstellt. Es steht zu viel auf dem Spiel, um von den Ideologien oder von Rechenbeispielen her zu urteilen.

Wir können von der Tatsache ausgehen, dass die Volksabstimmungen ein klares Votum für den Autobahnzusammenschluss und für die Ausbautetappe des Flughafens gebracht haben. Inzwischen sind aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse für die Planungsgrundlagen eingetreten, die nun derart gravierend wären, dass nach so kurzer Zeit die Forderung nach einer Neuplanung relevant in die Diskussion geworfen werden könnte. Auch die Partner, die beteiligt sind, haben sich nie davon distanziert und gesagt, dass sie das Projekt nicht mittragen würden. Da stehen wir gegenüber dem Souverän in der Schuld.

Wenn Herr Förtsch nun die Behauptung aufstellt, dass die Grundlagen nicht mehr stimmen, so ist das mindestens teilweise auch in den Bereich der Behauptungen zu stellen. Wenn zum Beispiel von Arbeitsplätzen gesprochen wurde, dann ist das nach wie vor so, ist aber, wenn wir den

Neubau betrachten, nicht zu mixen mit dem laufenden Betrieb, der zu Rationalisierungen geführt hat. Die Planung, die nun voranschreitet, hat gezeigt, dass in der Planungsphase bereits erhebliches Einsparungspotential gesucht wurde und wahrscheinlich auch umgesetzt werden kann. Wir meinen auch, dass eine Etappierung ein Diskussionsthema ist, das ernst genommen werden muss und das von den Verantwortlichen auch geprüft wird. Eine Neuplanung – um das noch einmal zu sagen – würden wir als Affront gegenüber dem Souverän bezeichnen.

Die EVP erwartet aber, dass in der weiteren Planung auch weiterhin nach zusätzlichen Einsparungsmöglichkeiten gesucht wird, und dass die Frage der Refinanzierung ernsthaft und offen zur Diskussion gestellt wird. In diesem Sinne ist ja auch ein Vorstoss von Regula Götsch in Vorbereitung, der zum Beispiel über den Baufortschritt und die Finanzierungsart Bericht verlangt. Er wird vermutlich nächstens eingereicht. Ich denke, dass diese Transparenz bei so grossen Bauvorhaben notwendig ist.

Den Minderheitsantrag von Frau Genner erachte ich als eine Nulllösung. Sie will ja nicht einen Teil investieren, sie will null investieren, und da scheint es mir auch um Ideologie zu gehen und nicht mehr um die Sache.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, etwas zu vertreten, das die Zustimmung der bürgerlichen Ratsseite finden wird, obwohl ich mich gegen Sparvorschläge wende. Das ist erklärungsbedürftig, und deshalb spreche ich auch.

Es muss ein furchtbares Virus gewütet haben in der Finanzkommission. Die von diesem Virus ausgelöste Krankheit könnte man zum Beispiel in Anlehnung an andere Abkürzungen SSS nennen, Sparen Statt Studieren. Ich hege Bewunderung für Frau Genner, dass sie diesem Virus so lange widerstehen konnte. Ich verstehe gut, dass ihr Immunsystem dann doch noch kurz zusammengebrochen ist. Die SP widersteht immer noch – unter Aufwendung etlicher Kräfte, das kann ich Ihnen sagen –, sie wird deshalb die Anträge von Ruth Genner nicht unterstützen. Herr Förtsch hat mit einigem recht, wir sind allerdings der Meinung, dass das Volk und der Kantonsrat entschieden haben. Wir wissen um die knappen Finanzen. Die Arbeiten wurden zum Teil in Angriff genommen. Ein Streichen der Kredite führt zu einem Stopp in der Arbeit. Das

führt schliesslich zu noch höheren Kosten, und das wollen wir auf gar keinen Fall.

Heidi Müller (Grüne, Schlieren): Ich habe Herrn Jud sehr gut zugehört. Ich muss schon sagen: Mein logisches Verständnis musste einen Quantensprung machen. Ich komme nicht mehr ganz nach. Jetzt haben wir stundenlang gestrichen und gestrichen. Da 200'000 Franken, da 400'000 Franken, da 20 Prozent, da 10 Prozent, und immer seid Ihr alle miteinander aufgestanden. Und jetzt, wo es um 40 Millionen geht, die man streichen möchte, jetzt plötzlich kommt das Argument: Nein, das können wir doch nicht, da geht es doch schliesslich um 40 Millionen. Also heisst es jetzt: Wenn wir sparen müssen, dann können wir nur so viel ausgeben. Es tut mir leid, aber diese Logik müssen Sie mir schon erklären.

Ich habe aber auch Herrn Kübler gut zugehört. Ich hoffe, dass Sie, meine Damen und Herren auf dieser Seite, der flammenden Rede von Herrn Kübler auch gut zugehört haben. Wissen Sie, was er gesagt hat beim Unterhalt? Er hat gesagt, dass wir kein Geld mehr haben für den Unterhalt. Und woher kommt das? Weil wir bei den Investitionen zuviel Geld ausgegeben haben. Wenn wir nur immer bauen und bauen und Neubauten machen, haben wir eben kein Geld mehr für den Unterhalt. Jetzt müssen wir eben bei den Neubauten sparen, sei es bei den Bauten am Flughafen oder bei den Strassen. Ich bitte Sie, doch auch einmal Ihr Hirn zu gebrauchen und logisch zu sein.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Es ist eine Verkennung sämtlicher Tatsachen, wenn man hingehen und hier verkünden kann, dass man auf diesen Ausbau des Flughafens verzichten kann, und dass sich die Situation in den letzten 18 Monaten grundlegend verändert hat. Wir haben eine nationale Fluggesellschaft, die in enormen Schwierigkeiten steckt, obwohl sie eine der modernsten Flotten hat und eine der am modernsten organisierten Firmen ist. Diese Fluggesellschaft Swissair kann nur überleben, wenn wir in Kloten einen starken Heimatflughafen aufrechterhalten. Und nichts anderes haben wir vor mit der 5. Ausbautetappe. Wenn man dann noch hinget und sagt, dass das Geld nicht vorhanden sei, um den Zusammenschluss der Autobahn Kloten zu finanzieren, dann muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass seit Jahren dieses Konzept bei allen Finanzvorlagen des Strassenbaus klar,

prioritär, und zwar bei jedem Szenario, mit oder ohne Verkehrsabgabenerhöhungen, zuvorderst stand. Es wurde auch immer und klar vom Baudirektor bevorzugt behandelt. Nichts anderes als das machen wir heute mit diesem Budget. Ich bitte Sie, die Vorschläge der Finanzkommission zu unterstützen.

Astrid Kugler (LdU, Zürich): Herr Reinhard, es ist ja der EVP unbenommen, sich gegen die Anträge von Frau Genner zu wehren. Das kann sie selbstverständlich tun. Aber ich persönlich finde es einen Affront, dass man das Volk anlügt und behauptet, die 873 Millionen Franken würden das Volk keinen Rappen kosten. Wir haben schon bei der Abstimmung gesagt, dass wir das nicht glauben. Und je länger, je mehr bekommen wir eben recht.

Herr Förtsch hat darauf hingewiesen, dass es bei den Landegebühren nicht so läuft, wie man uns weisgemacht hat. Es wird da sicher Ausfälle geben. Ich möchte Sie, Herr Haderer, auch darauf hinweisen, dass die Swissair, die Sie nun beklagen, 200 Millionen Franken an den Ausbau bezahlen sollte. Bis jetzt hat mir noch niemand erklären können, wie die Swissair im Hinblick auf die roten Zahlen, in denen sie steckt, das machen soll.

Ich bitte Sie, den Anträgen von Frau Genner zu folgen. Es ist ein Unsinn, diesen Flughafen so auszubauen, wie wir es vorhaben. Ich weiss heute schon – und es ziemlich sicher wie das Amen in der Kirche –, dass Sie, wenn es dann einmal zum Debakel gekommen ist, diese Verantwortung nicht übernehmen werden, weil Sie dann nämlich gar nicht mehr hier im Rat sitzen werden. So wird es herauskommen, wie schon mit vielen andern Projekten, die Sie auch durchgeboxt haben.

Vreni Püntener-Bugmann (Grüne, Zürich): Auch ich möchte mich noch gegen den Vorwurf wehren, dass wir eine Volksabstimmung nicht achten. Auch Sie missachten gewisse Voraussetzungen dieser Volksabstimmung. Wir haben eine Volksabstimmung unter bestimmten Rahmenbedingungen durchgeführt. Gerade diese Rahmenbedingungen wollen Sie jetzt nicht mehr einhalten. Wir haben dieser Volksabstimmung gewisse Kennzahlen beigeordnet. Diese Kennzahlen gelten heute nicht mehr. Auch das ist ein Affront gegenüber dem Souverän. Dieser Ausbau war nicht unter den heutigen

Voraussetzungen vorgesehen, sondern unter ganz anderen. Darum kann eben dieser Ausbau heute nicht mehr gerechtfertigt werden.

Es gibt verschiedene Gründe, sowohl die Kapazität als auch die Umweltseite; das hat Ihnen Herr Förtsch schon erklärt. Da wurde natürlich bewusst zurückhaltend prognostiziert, und wenn es nicht bewusst erfolgte, dann war es einfach Dummheit. Der Bevölkerung wollte man nur ja nicht allzuviel zumuten. Man wollte nicht eine zu hohe Belastung vorhersagen. Auf der andern Seite sind die Arbeitsplätze und die Finanzierung. Da wurde dann möglichst positiv prognostiziert. Das Ja zum Flughafenausbau wurde so eben erkaufte.

Heute wissen wir, dass es ganz anders ist. Wir haben einen starken Preiszerfall. Der findet statt und wird weiterhin stattfinden. Die Swissair kann diese Gebühren, die dann bei uns bezahlt werden müssen, nicht mehr bezahlen. Wir wissen, das Überleben der Swissair hängt auch davon ab, wie hoch diese Gebühren sind. Das hat die Swissair selber nach Bern geschrieben. Also die Investitionen, die Sie jetzt tätigen wollen, kann die Swissair dann nicht finanzieren, sie kann sie nicht verzinsen. Sie wird auch Mühe haben, die Kosten für den Betrieb aufzubringen.

So können wir eben nicht politisieren. Wir können nicht während des Spiels die Spielregeln ändern. Ich bitte Sie darum, dem Antrag von Frau Genner zuzustimmen.

Dr. Jörg R a p p o l d (FDP, Küsnacht): Ich bin der Auffassung, dass wir die Rednerliste schliessen können.

Ratspräsidentin Esther H o l m stellt fest, dass kein anderer Antrag gestellt wird. Der Ordnungsantrag ist genehmigt.

Peter N i e d e r h a u s e r (FDP, Wallisellen): Den Ausführungen von Frau Genner möchte ich eigentlich nichts beifügen. Sie waren offenbar eher spasshaft, zumindest nicht ernst gemeint. Aber Herr Förtsch hat die sogenannte sachliche Begründung ausgeführt, und da gibt es doch einige Argumente, die nicht kommentarlos entgegengenommen werden können.

Ihre Ausführungen betreffend die Arbeitsplätze sind natürlich nicht stichhaltig. Sie vergessen, dass diese 873 Millionen Franken bezie-

ungsweise die 2 Milliarden Franken in den nächsten zehn Jahren ganz wichtige Arbeitsplätze schaffen, die wir gerade jetzt benötigen. Der Ausbau des Flughafens wird trotz Rationalisierung mindestens den Stand der Arbeitsplätze halten beziehungsweise sogar etwas erhöhen können. Davon sind wir ausgegangen.

Wir haben es gerade jetzt nötig, die Standortgunst unserer Region und des Kantons Zürich zu verbessern. Wir dürfen den Kontakt zu Europa, zur Welt, nicht verlieren. Und da leistet der Flughafen einen ganz wichtigen Beitrag.

Was die Kapazität betrifft: Natürlich kommen Sie, wenn Sie die Löcher dazwischen auffüllen, zu einer höheren Zahl von Flugbewegungen. Aber es geht hier um die Spitzenkapazität. Sie kennen das sogenannte Hub-System. In den Spitzenzeiten fehlen die Kapazitäten, und dafür bauen wir insbesondere den Flughafen aus.

Ich habe heute verschiedentlich gehört, dass wir für die Jugend und in die Zukunft investieren müssen. Ich glaube, auch diese Investition ist eine Investition in die Zukunft. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

Regierungsrat Dr. Ernst Homberger: Alle Fragen, die Herr Förtsch, Frau Genner, Frau Püntener und Frau Kugler aufgeworfen haben, werden sicher im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation von Herrn Förtsch noch diskutiert werden. Ich möchte heute abend nicht näher darauf eingehen.

Wir haben aber in der Zwischenzeit auch nicht geschlafen. Der Flughafen ausbau ist ein grosses Projekt, bei dem drei Hauptpartner beteiligt sind, der Kanton Zürich mit den Tiefbauten, die FIG mit den Hochbauten und die Swissair mit ihren Bauten. Wir haben geprüft, ob es Möglichkeiten gibt, das ganze Projekt zu etappieren. Eine Etappierung wäre technisch möglich, eine solche verzögert natürlich die Fertigstellung, sie bringt im Betrieb gewisse Unannehmlichkeiten und damit wahrscheinlich auch gewisse Verteuerungen beim Betrieb. Generell wäre es aber möglich, die Arbeiten zu strecken.

Die Finanzierung liegt uns natürlich auch am Herzen, den wir wollen kein Loch, wobei es nicht um ein Furkaloch, sondern Flughafenloch ginge. Eine von uns bei Coopers & Lybrand in Auftrag gegebene Studie weist nach, dass unter den gesetzten Rahmenbedingungen – bei gleichbleibenden Passagiergebühren und bei einer Erhöhung der

Landegebühren im Jahr 2000 und 2002 um je 10 Prozent – der Flughafen ausbau, so wie er heute geplant ist, auch finanzierbar ist. Wir sind auch bezüglich des Zeitaspekts im Plan. Wir erwarten die Rahmenkonzession vom Bund in den nächsten Tagen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir durchziehen.

Abstimmungen

Konto 3014.5014.108, Bau von Staatsstrassen; Kloten, Autobahn-zusammenschluss, Antrag Finanzkommission 9 Millionen Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 102:14 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Gemeinsame Abstimmung über Anträge, die folgenden sechs Konten betreffend:

- **Konto 3014.5029.111, Bau übrige Tiefbauten, Flughafen, Erweiterung Frachtanlagen; 1. Bauetappe, Antrag Finanzkommission 800'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**
- **Konto 3014.5029.185, Bau übrige Tiefbauten; Flughafen 5. Ausbauetappe, Antrag Finanzkommission 17 Millionen Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**
- **Konto 3014.5029.189, Bau übrige Tiefbauten, Flughafen, Neuanlage des Borddienstes der Swissair, Antrag Finanzkommission 3 Millionen Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**
- **Konto 3014.5029.193, Übrige Tiefbauten; Flughafen, Schmutzwasserentlastungskanal, Antrag Finanzkommission 1'800'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**
- **Konto 3014.5029.195, Bau übrige Tiefbauten; Flughafen, Rollweg zur Startpiste 28 und Verlegung Heliplätze, Antrag Finanzkommission 4,5 Millionen Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**
- **Konto 3014.5029.197, Bau übrige Tiefbauten; Flughafen, GVO-Leitung (Heizzentrale), Antrag Finanzkommission 4 Millionen Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 0 Franken;**

Der Rat entscheidet sich bei allen sechs Anträgen mit 106:18 Stimmen zugunsten der Anträge der Finanzkommission.

Peter Stirmann (SP, Zürich): Nachdem Sie nun wieder durchs Band weg Sparen durch Streichen betrieben haben, haben Sie nun die Chance, echt zu sparen, indem Sie eine Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates wiedergutmachen und korrigieren. Mit dem Novemberbrief beantragt der Regierungsrat, und mit ihm auch die Finanzkommission, beim Tiefbauamt-Konto 5020, Bau Nationalstrassen, eine Verschlechterung um 25 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 1997, nämlich statt 88 Millionen die Ausgaben auf die Höhe von 113 Millionen Franken zu budgetieren. Begründet wird diese Verschlechterung mit 16 Millionen Franken für den vorzeitigen Bau der Umfahrungsautobahn Birmensdorf und 9 Millionen für den Installationsplatz «Bahn 2000» und Uetlibergtunnel auf der Allmend Brunau. Wir beantragen Ihnen, diese Verschlechterung zu korrigieren und das Konto laut Novemberbrief und Antrag Finanzkommission um 16 Millionen Franken zu kürzen und die Ausgaben auf 97 Millionen Franken festzusetzen.

Die Begründung finden Sie im Bericht des Regierungsrates zum Strassenbauprogramm. Das haben wir hier diskutiert. Das Wichtigste daraus zur Erinnerung an Sie ist, dass die Priorität bei dringlichem baulichen Unterhalt von Brücken, Fahrbahnen und Strassen liegt, und dass bei ausgeglichener Strassenrechnung die Unterhaltsarbeiten 15 bis 20 Millionen Franken erfordern, also just so viel, wie jetzt zusätzlich für die Umfahrung Birmensdorf ins Budget aufgenommen werden soll. Das kann nur so geschehen: Entweder man macht diese Unterhaltsarbeiten nicht – man verwendet diese 15 Millionen für dieses Autobahnstück – oder aber man verschuldet den Strassenfonds. Die Mittel sind ja ausgeschöpft; das haben Sie gehört. Es geht also darum, eine Verschuldung des Strassenfonds zu vermeiden. Kommen Sie nun nicht mit dem Argument, Sie würden ein Darlehen beim Bund beantragen. Das, so haben Sie ja gesagt, sei für den Uetlibergtunnel und nicht für die Umfahrung Birmensdorf.

Daher beantragen wir Ihnen: Streichen Sie diese 16 Millionen für die Umfahrung Birmensdorf und legen Sie das Konto 5020 auf 97 Millionen Franken fest. Wir wollen keine zusätzliche Verschuldung des Strassenfonds, wir wollen – wenn man das nicht machen kann – auch

keine Phantomstrasse. Nutzen Sie hier einmal die echte Chance, echt zu sparen, und setzen Sie so einen guten Schlusspunkt unter diese Budgetdebatte.

Regierungsrat Hans H o f m a n n: Ich bitte Sie, diesem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen. Ich möchte Sie nur berichtigen, Herr Stirnemann. Für die 16 Millionen Franken für die Umfahrung Birmensdorf brauchen wir keine Vorfinanzierung durch den Bund. Das ist in unserer Finanzplanung enthalten. Diese 25 Millionen Franken, die wir zusätzlich beantragt haben, belasten den Strassenfonds im übernächsten Jahr mit 500'000 Franken. 20 Millionen Franken bezahlt der Bund. Den Kanton kostet das nur 5 Millionen Franken. Das ist eine Investition, die mit 10 Prozent im Strassenfonds abgeschrieben werden muss. Das ist alles, was wir sparen würden. Es wäre schade und falsch, deswegen die Westumfahrung nicht zu bauen. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Abstimmung

Konto 3014.5020, Bau von Nationalstrassen, Antrag Finanzkommission 113 Millionen Franken, Antrag Peter Stirnemann 97 Millionen Franken: Der Rat entscheidet sich mit 95:40 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Ernst J u d (FDP, Hedingen): Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt, den Minderheitsantrag betreffend Konto 5620.700 abzulehnen. Hier kann ich Frau Genner nicht verstehen. Es geht um die Finanzierung von Parkplätzen bei Bahnhöfen, damit die Autofahrer nur bis zum nächsten Bahnhof fahren, dort parkieren und dann mit der Bahn, mit dem öffentlichen Verkehr, in die Stadt oder zum Arbeitsplatz fahren. Es ist mir unverständlich, dass Sie hier kürzen wollen. Ich beantrage Ablehnung.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Ich erinnere Sie an die Volksabstimmung vom Dezember 1995, als wir auf Bundesebene darüber abgestimmt haben, ob Bahnhofparkierungsanlagen weiterhin vom Bund subventioniert werden sollen. Das Volk hat sich klar dagegen ausgesprochen. Es ist bisher immer Usanz gewesen, dass sich, wenn der Bund sich aus einer Ausgabe zurückgezogen hat, auch der Kanton von

6382

dieser gleichen Ausgabe zurückzieht. In diesem Fall möchte ich Ihnen deshalb beantragen, eine Million Franken dieses Kontos zu streichen, weil die restlichen 750'000 Franken für Park-and-Ride-Plätze zur Verfügung stehen.

Abstimmung

Konto 3014.5620.700, Investitionsbeiträge an Gemeinden; Bau Bahnhofparkierungsanlagen, Antrag Finanzkommission 1'750'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner 750'000 Franken: Der rat entscheidet sich mit 96:46 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3014, Tiefbauamt, genehmigt.

3015 Amt für Gewässerschutz und Wasserbau

Bruno K u h n (SVP, Lindau): Wir ziehen den angekündigten Antrag zurück. Der Baudirektor hat gesagt, dass er ein «WIF!»-Projekt für das AGW für 1998 auf der sicheren Schiene hat und dass er nächstes Jahr bei den Leuten vom Unterhalt draussen sparen müsse. Wir meinen aber, dass vor allem beim Beamtenstab gespart werden muss. Das soll 1998 möglich werden. Daher ziehen wir den Antrag in bezug auf dieses Budget zurück.

Ruth G e n n e r (Grüne, Zürich): Die drei Minderheitsanträge, die beim AGW gestellt worden sind, stützen eigentlich durchwegs die Regierungsanträge, die wir hier mit gleichen Zahlen bringen. Ich bitte Sie, hier der Regierung zuzustimmen.

Abstimmungen

Konto 3015.3180.100, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter; Studien und Planungen, Antrag Finanzkommission 3'212'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner und Mitunterzeichnende 500'000 Franken werden nicht gekürzt: Der Rat entscheidet sich mit 93:55 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Konto 3015.3180.400, Entschädigung für Dienstleistungen Dritter; Untersuchungen, Finanzkommission 1'115'000 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner und Mitunterzeichnende 1'195'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 92:58 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Konto 3015.3181, Entschädigung für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter, Antrag Finanzkommission 500'200 Franken, Minderheitsantrag Ruth Genner und Mitunterzeichnende 625'000 Franken: Der Rat entscheidet sich mit 97:52 Stimmen zugunsten des Antrags der Finanzkommission.

Keine weiteren Bemerkungen; Kontogruppe 3015, Amt für Gewässerschutz und Wasserbau, genehmigt.

Ratspräsidentin Esther Holm: Damit ist die Verwaltungsrechnung durchberaten.

II. Übersichten

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III. Unselbständige staatliche Unternehmungen

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Hier können wir sogar auf ungeteilte Zustimmung hoffen: Es handelt sich um die Beamtenversicherungskasse und dort um das Amt 9102 auf Seite 194. Es wird Ihnen dort nicht entgangen sein, dass mit dem Novemberbrief eine Differenz mit dem roten, dicken Buch zustande kommt. Die Position 9102 muss nämlich auch mit einem Saldo von Null abschliessen.

Nun ist Ihnen aber mit dem Novemberbrief eine Verschlechterung dieses Kontos um 78 Millionen Franken nachgeschoben worden. Der Grund liegt darin, dass sich die Finanzdirektion dagegen gewendet hat, die Teuerungszulage auf den Renten über den Staat zu nehmen, sondern sich entschlossen hat, diese Teuerungszulage auf den Renten der Beamtenversicherungskasse anzuhängen. Das hat dann zu dieser Verschlechterung um 78 Millionen Franken geführt.

Was macht man, damit dieses Konto doch wieder zu Null aufgeht? Wir müssen an einem andern Ort 78 Millionen Franken wegstreichen. Wir

haben die Möglichkeit gefunden, indem beim Konto 3810 von der Rückstellung derselbe Betrag von 78 Millionen Franken weggenommen wird. Dann geht die Rechnung wieder auf. Ich bitte Sie also, beim Konto 3810 78 Millionen Franken abzuziehen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Esther Holm: Damit ist der Voranschlag für das Jahr 1997 durchberaten. Die genauen Zahlen werde ich Ihnen noch bekanntgeben.

Willy Spieler (SP, Küssnacht): Vor der Schlussabstimmung möchte ich gern die obligate Erklärung abgeben, ob wir diesem Budget zustimmen können oder nicht. Wie in der Eintretensdebatte angekündigt, können wir, nachdem wir in allen entscheidenden Abstimmungen unterlegen sind, diesem Budget selbstverständlich nicht zustimmen. Wir müssen dabei an diejenigen Personen denken, die die eigentlichen Verlierer dieser Abstimmungen sind. Das sind die Menschen, für die wir uns in diesem Kanton besonders einsetzen möchten. Zu diesen Menschen gehören die Staatsangestellten, die diese erneute Lohnreduktion nun wirklich nicht verdient haben, zu diesen Verlierern gehören vor allem die Verliererinnen beim Staatspersonal. Als Frau Fehr das in einem Votum zur Eintretensdebatte gesagt hat, haben viele von Ihnen das mit Gelächter quittiert, und damit eigentlich auch gezeigt, wie wenig Sie Bescheid wissen über die Auswirkungen Ihrer Beschlüsse. Verloren haben auch diejenigen, die ihre Prämien kaum mehr bezahlen können. Die Abstimmung über die Prämienverbilligungen ist ein kleines weiteres Beispiel über die wachsende Kluft von Arm und Reich in unserem Kanton, und die Kluft wird nicht kleiner, wenn wir die Augen vor ihr schliessen, indem wir uns zum Beispiel einer Sozialberichterstattung verweigern. Ein weiteres Mal verloren – so fürchte ich – hat auch der soziale Frieden in unserem Kanton. Sie haben sehr wohl vom sozialen Frieden gesprochen, aber nur davon zu sprechen genügt nicht. Man muss auch etwas für diesen sozialen Frieden tun. Wir sagen das ohne Selbstgerechtigkeit, aber in Sorge um das wichtigste Gut unserer politischen Kultur und um das soziale Fundament in unserer demokratischen Institution.

Die Polarisierung ist nicht nur in diesem Rat vorhanden, die Polarisierung beginnt bereits bei der Regierung mit Vorlagen, die wir nicht mehr für sozialverträglich halten können. Wir sind der Meinung, so wie unsere Regierung heute zusammengesetzt ist, mit einem Vertreter auch von unserer Seite, hat diese Regierung den Wählerauftrag, auch zum sozialen Frieden Sorge zu tragen und sozialverträgliche Vorlagen – auch Sparvorlagen – uns vorzulegen. Statt dessen folgt diese Regierung – mehrheitlich, wie ich annehme – einer neoliberalen Ideologie, wie sonst keine Kantonsregierung in unserem Land. Sozialer Friede bedingt soziale Marktwirtschaft, und soziale Marktwirtschaft ist mit diesem Neoliberalismus nicht vereinbar.

Verloren hat auch das Parlament in vielen Abstimmungen, die das Prädikat der Seriosität wirklich nicht mehr verdienen. Frau Regierungsrätin Fuhrer hat es auf den Punkt gebracht: Streichen ist nicht Sparen.

Die Sozialdemokratische Fraktion dankt zum Schluss allen, die ihre Anträge unterstützt haben, vor allem auch den Fraktionen, die sich zu Recht zur politischen Mitte in diesem Rat zählen. Sie möchte abschliessend vor allem zwei Ratsmitgliedern ganz herzlich danken, die eine bewundernswerte Arbeit für diese Budgetdebatte geleistet haben. Wir danken der Ratspräsidentin Esther Holm, die mit viel Umsicht, Souveränität und Kompetenz den Rat durch verschiedenste Turbulenzen hindurchgeführt hat, so dass wenigstens ein formal gutes Ende erreicht wurde, und wir insoweit beruhigt in die Weihnachtsferien uns verabschieden dürfen. (Applaus) Danken möchten wir aber auch der Präsidentin der Finanzkommission, die in einem Arbeitsaufwand, der die Proportionen des Milizsystems nun wirklich sprengt, den Überblick in unserer Budgetberatung zu keinem Augenblick verloren und sowohl der Ratsrechten als auch der Ratslinken stets die nötigen Entscheidungsgrundlagen aufbereitet hat. Die Fraktion hat mich beauftragt, Frau Holm und Frau Illi einen Blumenstrauss und einen feuchten Neujahrsgruss zu überreichen. Wir freuen uns, wenn sich auch der übrige Rat unserem Dank anschliessen kann. (Applaus)

Ratspräsidentin Esther Holm: Ich möchte mich für dieses Votum und das Geschenk ganz herzlich bedanken. Es macht mir wirklich Freude. Ich habe auch die Budgetdebatte gern geleitet.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Das Ziel der FDP bezüglich Budget 1997 ist erfüllt. Der Steuerfuss wurde nicht erhöht. Dies ist ein richtiges und nötiges Signal in der heutigen Wirtschaftslage. Es ist auch ein Versprechen, das wir unseren Wählern gegenüber erfüllt haben. Die Kürzung der Besoldung des Staatspersonals um 3 Prozent ist angesichts des Defizits nötig. Die bürgerliche Mehrheit hat den Sachaufwand gekürzt, der seit 1996 um 53 Millionen Franken gestiegen ist; wir haben also nur die Mehraufwendungen gekürzt. Wir werden dem Budget 1997 zustimmen. Nicht mit Begeisterung selbstverständlich, angesichts des immer noch vorhandenen Defizits von rund 250 bis 300 Millionen Franken. Vor allem aber auch im Bewusstsein, dass damit der Finanzhaushalt nicht saniert ist. Eine Übung, wie wir sie dieses Jahr in der Budgetdebatte durchgeführt haben, werden wir ganz sicher in dieser Art nicht nochmals durchziehen können. Wir müssen fundamentaler hinter die Sanierung des Finanzhaushalts gehen. Diese Arbeit geht auch gleich weiter. Der Regierungsrat ist erfreulicherweise bereit, in einer nächsten Sparrunde die Ausgaben 1998 auf 9,8 Milliarden Franken zu plafonieren. Ich möchte nochmals an die rollende Sparplanung appellieren, die angesichts unserer direkten Demokratie dringend nötig ist. Gesetzesänderungen brauchen Zeit; das haben wir mittlerweile alle gemerkt. Es ist aber auch klar, dass die bürgerliche Allianz auch die konkreten Sparvorlagen in Zukunft gutheissen wird. Ich beantrage Ihnen Annahme des Budgets.

Ruth Gerner (Grüne, Zürich): Ich darf mich im Namen der Fraktion den Gratulationen an die beiden Präsidentinnen sehr herzlich anschliessen und ihnen beiden auch danken.

Zu Ihrem Sieg, Frau Bernasconi – das verstehen Sie wohl –, kann ich Ihnen nicht gratulieren, auch zu Ihrer Zielsetzung nicht. Wir werden als Grüne Fraktion keine Verantwortung für dieses Budget 1997 übernehmen. In vielen Bereichen sind Mittel gekürzt worden, ohne Überlegungen der Konsequenzen, ohne das Wissen von fachlichen und auch oft von personellen Zusammenhängen. Die letzte Abstimmung hat übrigens die Projektierung der Thur-Auen betroffen. Ich mag mich noch sehr gut erinnern – vielleicht bin ich schon zu lange in diesem Rat –, als der damalige Baudirektor, Herr Honegger, diesem Rat versprochen hat, sehr wohl in den Thur-Auen etwas zu machen.

Wir können es auch nicht verstehen, wie die bürgerlichen Fraktionen die Verantwortung für dieses Budget tragen wollen. Sie haben sich nämlich über die sachlichen und inhaltlichen Argumente der Regierung hinweggesetzt, und Sie haben keine Mittel, auch keine Instrumente, die Ihre Entscheide weiter beeinflussen können. Wir fragen uns heute: Wollen Sie wirklich mehr als Macht demonstrieren? Sind Sie die besseren Regierungsräte als Ihre eigenen Kollegen und Kolleginnen auf der Regierungsbank? Ernsthaft: Wir bezweifeln dies. So fern waren Sie nämlich gegenüber den Sachgeschäften, wie Sie argumentiert haben, so fern den inhaltlichen Diskussionen, so uneinsichtig, wie Sie sich eben in dieser Budgetdebatte gezeigt haben. Dem Staat, meine ich, und ganz besonders dem Personal gegenüber haben Sie einen Bärenienst erwiesen. Sie bestrafen aber überdies vielmehr die Bedürftigen dieses Staates, die Schüler und Schülerinnen, viele Kranke und viele Schwache. Sie versperren mit Ihrer sturen Haltung die Möglichkeiten unserer Zukunft. Das Geld bleibt ja, mit Ihren Worten ausgedrückt, in den Taschen der Sieger. Wir lehnen dieses Budget schlicht und einfach ab.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Wenn das Wörtchen wenn nicht wär', wär der Kanton ein schöner Millionär. Wenn wir 1993 die damals beantragte Steuerfusserhöhung beschlossen hätten, wären wir heute besser dran und hätten kein so grosses Defizit. Sie können jetzt ruhig aufbegehren. Wir haben genau gewusst, dass wir ein grosses Loch in der Kasse haben werden, und was haben wir gemacht? Wir haben das Loch noch grösser gemacht. Und was haben wir gemacht? Wir haben aus den Fehlern nicht gelernt; wir haben gleich noch einen zweiten folgen lassen. Positiv ist vielleicht zu vermerken, dass wir nun das Defizit auf etwa 250 Millionen Franken heruntergeschraubt haben. Das sieht zwar auf dem Papier sehr schön aus. Wir haben es denen gezeigt, das kann man vielleicht sagen. Aber was haben wir ihnen gezeigt? Wir haben ihnen gezeigt, dass wir dem Personal den Lohn kürzen. Wir haben gezeigt, dass wir an neuen Einnahmen nicht interessiert sind. Und wir haben auch gezeigt, dass wir den Schwächeren nicht helfen. Es gibt ein altes Pfadfinderlied, das ich früher einmal in Winterthur gesungen habe. Es heisst, der Starke dem Schwächeren helfe, und dann kommt der Refrain, Das haben wir aufgezeigt, wir waren nicht bereit, dem Schwächeren zu helfen. Das ist sehr zu bedauern.

Das Resultat liegt auf dem Papier vor. Das Defizit soll herunterkommen. Auch das letzte Jahr sollte es herunterkommen. Es sind neue Versprechungen gemacht worden, aber was für Versprechungen? Es hiess bereits, Entlassungen seien nicht auszuschliessen. Wir leben tatsächlich in einer guten Zeit! Wir haben Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlichen Signale stehen schlecht, und was machen wir hier in diesem Parlament? Wir gehen hin, geben noch eines drauf und geben noch schlechtere Resultate bekannt.

Dann sagt mir die Geschichte noch etwas: Letztes Jahr haben wir ein Budget verabschiedet in der Grössenordnung von 390 Millionen Franken Defizit. Auch damals ist gestrichen worden. Auch damals haben wir gesagt, wir hätten etwas erreicht. Was haben wir erreicht? Ein Defizit, das laut Auskunft des Finanzdirektors 600 Millionen Franken ausmacht. Was machen wir, wenn wir ein solches Defizit haben? Wir müssen Geld aufnehmen, wir müssen Zinsen zahlen. Das wird die Banken und die Versicherungsgesellschaften sicher freuen, es ist aber Geld, das man dem Gewerbe wegnimmt, das man mit dem Verlust von Aufträgen bestraft, das man nicht einsetzen kann, um denjenigen zu helfen, denen es nicht so gut geht. Es wäre genausogut gespart worden, wenn wir ein bisschen höhere Steuern erhoben hätten.

Noch etwas zu den Auswirkungen: Wenn Sie ein Salär in der Grössenordnung von 100'000 Franken nehmen, wird diese Steuerfusserhöhung etwa 100 bis 200 Franken ausmachen. Sagen Sie mir einmal, wen es von denen, die das verdienen, «aus den Schuhen schlägt»? Wenn Sie mehr verdienen, mag ich es ihnen gönnen. Aber trotzdem ist dies absolut erträglich.

Die EVP hat bereits 1993 für eine moderate Steuerfusserhöhung plädiert. Es lag ihr daran, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Sie hat auch damals diese Budgets immer und immer wieder mitgetragen. Heute kann sie dies nicht mehr tun. Wir müssen dieses Budget ebenfalls zurückweisen und bitten Sie, ein Gleiches zu tun.

Anton Schaller (LdU, Zürich): Wenn ich jetzt nach langen Stunden Bilanz über diese Debatte ziehe, dann stellt sich für mich nicht die Frage «Was hat dieser Rat beschlossen?», sondern vielmehr die Frage «Was haben wir mit diesen Beschlüssen erreicht, haben wir die richtigen Zeichen gesetzt?». Der Kanton hat sich heute und in den vergangenen Tagen ein neues Prädikat geholt. Sie haben es sehr wahrschein-

lich auch gehört. In den Radionachrichten sind wir den ganzen Tag als «Sparkanton» bezeichnet worden. Mir wäre es lieber gewesen, wir wären als der Kanton bezeichnet worden, der der wirtschaftlichen Rezession die Stirn bietet, als der Kanton, der den Mut hat, Zuversicht zu vermitteln. Im Gegenteil, dieser Kanton spart auf Kosten seiner Angestellten. Er spart auf Kosten seiner einkommensschwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Er läutet beispielsweise eine erste Entlassungsrunde ein. Und er spart an seiner Bausubstanz und schwächt damit das Baugewerbe. Wir haben heute ein kleines Aufbäumen der Bauwirtschaft gespürt. Ich dachte schon, je später der Abend, desto vernünftiger der Rat. Aber es waren nur einzelne auf der bürgerlichen Seite, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und für das Baugewerbe etwas tun wollten. Dafür, dass wir nichts getan haben gegen die Rezession, gegen die wirtschaftliche Situation, werden wir den Preis noch bezahlen müssen.

Dieses Parlament hat aber noch mehr getan, es hat 57 Millionen Franken auf die Rechnung 1996 verbucht und damit das Defizit massiv nach oben geschraubt. 600 Millionen Franken wird es betragen. Das ist Ihnen anscheinend nicht so wichtig. Wichtig ist Ihnen nur, dass wir jetzt das Defizit auf 250 Millionen schönen können. Wir von der Landesringfraktion haben die Detailberatung der Finanzkommission zurückweisen wollen. Wir wollten eine seriöse Detailberatung. Was wir jetzt erlebt haben war unseriös. Frau Bernasconi hat es mehrmals gesagt: Es wird Nachtragskredite geben. Die Rechnung ist noch nicht gemacht. Bezüglich dieses Defizits von 250 Millionen Franken werden wir nächstes Jahr sehen, wie hoch es dann sein wird. Wir werden Sie immer wieder und ganz nachdrücklich darauf hinweisen, wenn es dann höher ist, und es wird leider höher sein. Wir haben nicht erkannt, dass wir dieses Defizit mit einer moderaten Steuererhöhung hätten etwas verbessern können.

Wir werden diesem Budget nicht zustimmen. Wir überlassen das Ihnen. Sie sollen die Verantwortung allein tragen. Das macht es uns dann auch leichter, Sie immer und immer wieder daran zu erinnern, dass Sie damals, im Herbst 1996, kurz vor Weihnachten, nicht gemerkt haben, was in diesem Land los ist. Seit sechs Jahren haben wir kein Wachstum. Wir stehen am Schluss der OECD-Staaten. Das ist eine Tatsache. Und Sie machen nichts dagegen. Auch die bescheidenen Möglichkeiten eines Kantons könnten genutzt werden. Aber Sie machen nichts dage-

gen. Sie reden nur laut. Sie können nicht einmal zuhören. Das ist Ihre Qualität.

Prof. Dr. Richard Hirt (CVP, Fällanden): Ich glaube, man darf jetzt nicht so tun, als ob Geld im Überfluss vorhanden wäre. Es droht im Gegenteil die Gefahr, dass man sich verschulden muss, um laufende Ausgaben bezahlen zu können. Dann kann der Staat seine Kernaufgaben wirklich nicht mehr wahrnehmen. Wir sind deshalb der Meinung, dass eine rasche Herbeiführung des Haushaltgleichgewichts, wie es auch gesetzlich vorgeschrieben ist, innerhalb dieser Legislaturperiode vonstatten gehen muss. Eine Sparvorlage mit derart schmerzhaften Eingriffen zu verabschieden bereitet niemandem Freude. Es bereitet insbesondere keine Freude, weil auf dieser Gratwanderung zum Budgetausgleich Besitzstände angetastet werden, die in diesem Ausmass erstmalig sind. Möglicherweise werden auch soziale Schmerzgrenzen geritzt, die bei Vorlage von konkreten Daten einer Diskussion bedürfen. Eine dieser sensiblen Grenzen ist sicherlich die Diskussion um den gerechten und sozialen Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes im Kanton Zürich, der erst richtig angelaufen ist. Zahlen, die ich gehört habe, haben mich aber im Hinblick auf die Angstmacherei wieder irgendwie bedenklich gestimmt. Ich habe von zweistelligen Millionenbeträgen gehört, die jetzt noch nicht ausbezahlt worden sind, weil offenbar aufgrund dieses Systems zuviel Geld vorhanden ist. Auf diese Fragen müssen wir sicher noch zurückkommen. Wir werden diese Problematik sicher auch im Zusammenhang mit der Volksinitiative betreffend das Einführungsgesetz, die ja hängig ist, mit grosser Sorgfalt erörtern, und die Herausforderung, das Gesundheitswesen ins Lot zu bringen, annehmen. Auch in dieser Richtung haben wir ja entsprechende Vorstösse eingereicht.

Die rasche Sanierung des Finanzhaushalts hat für die CVP eine hohe Priorität. Insbesondere haben wir betont, dass die Sanierung nicht einseitig auf dem Buckel der Angestellten abgehandelt werden darf. Letztes Jahr sind wir mit diesen Anträgen und mit dieser Forderung noch im Regen gestanden. Heute dürfen wir auf eine Mehrheit zählen, die bei der freisinnigen Seite und bei der SVP-Seite auch zur Einsicht geführt hat, dass ohne schmerzliche Eingriffe ein Budgetausgleich nicht herbeigeführt werden kann.

Wir sehen ein wenig Licht am Ende eines langen, dunklen Tunnels, und wir sind bereit, diesen Weg zu gehen, um diesen Budgetausgleich möglichst schnell herbeizuführen. Wir werden diesem Budget zustimmen. Eine andere Politik wäre katastrophal und die Folgen wären unverantwortlich.

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Es scheint, dass die Mehrheit des Kantonsrates nun endlich sparen will. Die diesjährige Budgetdebatte war jedenfalls ein guter Ansatz dazu, die Haushaltsanierung schnell und gründlich in Angriff zu nehmen. Wir hoffen, dass die Regierungsrätinnen und Regierungsräte auch die zusätzlichen Sparanstrengungen der Finanzkommission und der Mehrheit des Rates beherzigen werden. Wir fordern den Regierungsrat aber auch auf, auf die Budgetrichtlinien 1998 sehr stark zu achten und über alle Direktionen Massnahmen zu ergreifen, damit die Haushaltsanierung weitergeführt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass dem Staat zuerst Aufgaben weggenommen werden müssen, bis der Staat gesund ist und man als Mitbürgerin und Mitbürger von diesem wieder profitieren kann. Wo der totale Sozialstaat, wie ihn Herr Spieler fordert, hinführt, hat uns Osteuropa bewiesen: bis zum Zusammenbruch im Jahr 1990. Wir sind überzeugt davon, dass unsympathische Entscheidungen nötig sind, um nachher bei einer gelungenen Haushaltsanierung – wie ich bereits gesagt habe – profitieren zu können. Zuerst muss man säen, bevor man ernten kann. Die SVP-Kantonsratsfraktion wird diesem Budget zustimmen.

Zu Ihnen, Herr Schaller: Sie sollten sich während der Budgetdebatte jeweils auch mit den Detailfragen, die Sie angesprochen und zu denen Sie nichts gesagt haben, auseinandersetzen. Dann hätten Sie vielleicht gemerkt, dass bei der Investitionsrechnung gegenüber dem Antrag des Regierungsrates 158 Millionen Franken mehr investiert werden und vor allem bei der Laufenden Rechnung gespart wurde, nämlich etwa 172 Millionen Franken gegenüber dem Antrag des Regierungsrates.

Peter Försch (Grüne, Zürich): Die bürgerliche Ratsseite, die SD, die SVP, die FDP und die CVP haben in der Budgetdebatte bei den Steuerfuss- und bei den Lohndebatten einen vollen Sieg errungen. Ich gratuliere Ihnen. Es wird ein bitterer Sieg für Sie sein. Ein bitterer Sieg deshalb, weil Sie es nur in dieser Form geschafft haben, bürgerliche Einigkeit zu demonstrieren. Eine Einigkeit im Kantonsrat wohlverstan-

den, nicht bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Vordergründige Einigkeit, um es den Linken und den Grünen einmal so richtig zu zeigen. Dass dabei die differenzierte Betrachtung der Probleme auf der Strecke geblieben ist, dürfte Sie auch weiterhin nicht interessieren. Vom Staat her gesehen eine höchst bedenkliche Situation. Bedenklich darum, weil nicht mehr mit echten Argumenten eine Sache vertreten wurde.

Bedenklich darum, weil sogar von der FDP-Seite der Versuch unternommen wurde, unbequeme Argumente der nicht gleichgesinnten Ratsmitglieder abzuwürgen. Wenn ich mich an das gestrige Ansinnen von Ihnen, Herr Honegger, erinnere, seines Zeichens Dr. phil I, so sagten Sie gestern sinngemäss, die Mehrheiten sind gegeben, was wollt ihr auf der anderen Ratsseite eigentlich noch? Lassen sie doch das aussichtslose Spiel, geben sie auf, wir wollen am Dienstagabend unsere Ruhe haben von diesen linken und grünen Politikern. Das sagten Sie gestern sinngemäss. Wenn Sie von da drüben das wirklich so meinen, muss ich sagen: Gute Nacht, Demokratie! Dies war unrechtens, das verstösst auch gegen die Verfassung. Dies gehört verurteilt.

Erinnern wir uns: Es ging um die Staatsfinanzierung, es ging um Einsparungen, es ging um sozialen Frieden, und es ging um Vorteile im internationalen Wettbewerb. Die bürgerliche Mehrheit im Rat hat Einigkeit demonstriert. Einigkeit, wenn es darum geht, die eigenen Interessen vor die anderen zu stellen. Grosse Bauvorhaben nützen den Bauunternehmern, also sind Sie dafür. Steuererhöhungen schaden den Grossverdienern, also sind Sie dagegen. Staatsausgaben, die in die Verwaltung des Staates gehen, nützen Ihnen nichts oder zuwenig, also kürzen Sie die Gehälter der Angestellten. Andererseits wehren Sie sich gegen eine Besoldungsreform und schützen damit die Privilegien von Staatspfändern. Krankenkassenvergünstigungen erfordern Leistungen des Kantons, und das geht den Investitionen für Bauten ab, also sind Sie dagegen. Sie verlangen mehr Effizienz von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der kantonalen Verwaltung und kürzen gleichzeitig die Löhne. Einverstanden, Sie haben gewonnen. Die Verlierer – das hat Herr Spieler auch schon gesagt – sitzen aber nicht auf unserer Ratsseite. Die Verlierer sitzen draussen. Sie sind in den Verwaltungen, sie sind in den Schulen, bei den Jugendlichen, bei den jungen und alten Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen zu finden. Ihre Verlierer sind zum Beispiel bei den Familien, die die Krankenkassenprämien nicht

mehr bezahlen können, oder bei den Jungen, welche nach guter Ausbildung suchen. Aber gute Ausbildung soll offensichtlich wieder ein Privileg der Begüterten werden. Diese Liste liesse sich beliebig verlängern. Ihre Grundhaltung ist zutiefst egoistisch und rechthaberisch. Sie treiben Raubbau an unseren Ressourcen. Sie betreiben eigentlich bedürfnisorientiertes Politmarketing, aber nicht, um die Bedürfnisse des Volkes besser zu befriedigen, sondern um Ihre eigene Macht zu mehren. Ihre Einstellung wird kurzfristig nur davon geprägt, wie Sie auf dem Markt mehr Geld holen können. Ganz egal, ob diese Einstellung gefährlich ist oder nicht. Sie haben das in den letzten Tagen gezeigt. Sie haben gezeigt, dass die Schwächeren des Systems ausgebeutet werden sollen zugunsten der Stärkeren. Das ist Marktwirtschaft in Reinkultur.

Dr. Jörg R a p p o l d (FDP, Küsnacht): Mit diesem Votum von Herrn Försch hat die Demagogie Einzug in diesen Rat gehalten. Ich finde es bedauerlich, dass die Voten der Fraktionssprecher damit auch auf ein Niveau gedrückt werden, das dieses Rates nicht würdig ist. Ich beantrage Ihnen, die Rednerliste zu schliessen.

Ratspräsidentin Esther H o l m: Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Die Rednerliste ist geschlossen.

Anjuska W e i l (FraP!, Zürich): Ich denke, wir haben Ihnen von der rechten Ratsseite diese und letzte Woche zwei Tage lang zugehört, wie Sie den Tarif durchgegeben haben, zum Teil auch mit Ihrem Gelächter, zum Teil auch mit dem, was eben vorhin geschehen ist. Ich denke, das soll nicht das letzte Wort in dieser Debatte heute sein. Sie haben den Tarif zugunsten der Wenigen auf Kosten der Vielen durchgegeben. Auf Kosten der Frauen, der Kinder, der Jungen, der Alten, des Personals, der Menschen, die noch Arbeit haben, und jener, die keine mehr haben. Wir waren zu Beginn der Budgetdebatte draussen auf der Strasse. Sie haben dem, was die Leute dort bewegt hat, was sie Ihnen sagen wollten, wenig Beachtung geschenkt.

Ich bin froh, dass wir wenigstens in einem Punkt noch etwas in der Tasche haben. Das ist die Initiative zur Verbilligung der Krankenkassenprämien. Ich möchte alle hier drin, die nicht einverstanden sind damit, wie diese Debatte gelaufen ist, wie auch eine moderate Erhöhung der vorgeschlagenen Prämienverbilligung abgeschmettert wurde,

ersuchen, die Initiative, dann, wenn sie ansteht, wirklich zu unterstützen. Ich möchte auch die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien bitten, hinzuhören, nachzuschauen, wie es denen geht, die jetzt die Verliererinnen und Verlierer dieser Debatte sind, denen ausserhalb des Rates.

Ratspräsidentin Esther H o l m : Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergaben sich im Voranschlag 1997 für die Verwaltungsrechnung gesamthaft in der Laufenden Rechnung gegenüber dem vom Regierungsrat mit dem Voranschlagsentwurf beantragten Aufwandüberschuss von 437'372'677 Franken eine Verbesserung von 172'338'960 Franken, so dass sich der Aufwandüberschuss auf 265'033'717 Franken verbessert. In der Investitionsrechnung ergibt sich gegenüber dem vom Regierungsrat mit dem Voranschlagsentwurf beantragten Nettoinvestitionen von 577'453'400 Franken eine Zunahme um 158'979'200 Franken, so dass sich die Summe der Nettoinvestitionen auf 736'432'600 Franken erhöht. Für die unselbständigen staatlichen Unternehmungen hat sich keine Änderung ergeben.

Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt mit 97:71 Stimmen den Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1997 mit einem Aufwandüberschuss von 265'033'717 Franken in der Laufenden Rechnung und mit Nettoinvestitionen von 736'432'600 Franken in der Investitionsrechnung

Das Geschäft ist erledigt.

8. Finanzplan für die Jahre 1997 bis 2002 (Bericht des Regierungsrates vom 11. September 1996 und Kenntnisnahme der Finanzkommission vom 28. November 1996) 3526

Ratspräsidentin Esther H o l m : Sind Sie damit einverstanden, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen? Es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Finanzplan für die Jahre 1997 bis 2002 wird zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Hier werden die Beratungen abgebrochen.

Verschiedenes

Glückwünsche des Regierungspräsidenten

Regierungspräsident Hans Hofmann: Bevor Sie in die wohlverdiente Weihnachtspause gehen, möchte ich Ihnen im Namen des Regierungsrates herzlich danken für die grosse politische Arbeit, die Sie auch im ablaufenden Jahr erbracht haben. Ich denke dabei weniger an die Arbeit hier im Rathaus, sondern an alles, was man in den Kommissionen tut, und an Ihre persönliche politische Arbeit. Ich möchte Ihnen auch danken für die alles in allem doch sehr gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, das wir trotz allem immer wieder spüren dürfen. Im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Regierungsrates, wünsche ich Ihnen allen eine frohe, geruhsame Weihnachtszeit, und ich wünsche Ihnen und Ihren Familienangehörigen für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit, Glück und Wohlergehen. (Applaus)

Ratspräsidentin Esther Holm: Ich möchte mich natürlich diesen herzlichen Glückwünschen auch anschliessen. Ich habe dem nichts beizufügen. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage!

Parlamentarische Vorstösse

Anfrage Susanna Rusca Speck (SP, Zürich) und Susanne Frutig (SP, Dielsdorf) betreffend zukünftige Entwicklung der Schule für soziale Arbeit Zürich (SSAZ).

Anfrage Christoph Schürch (SP, Winterthur) betreffend Struktur des Lohngefüges des Staatspersonals.

Schluss der Sitzung 23.15 Uhr

Nächste Sitzung: Montag, 6. Januar 1997, 8.15 Uhr.

6396

Zürich, den 17. Dezember 1996
Protokollführer:

Der
Erhard S z a b e l

Vom Büro des Kantonsrates in seiner Sitzung vom 16. Januar 1997 genehmigt.